

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS SICHERHEITSPOLITIK

■ ANALYSE		
Die strategische Kultur Russlands – Russland begreifen		2
Norbert Eitelhuber, Hamburg		
■ ANALYSE		
Die Militärreform in Russland und ihre Folgen		5
Alexander Golts, Moskau		
■ UMFRAGE		
Russen über Militär und Kriegsgefahr		11
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Der türkisch-russische Konflikt		15
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Russland und die Türkei		18
Jens Siegert, Moskau		
■ UMFRAGE		
Terrorgefahr und die jüngsten Terroranschläge in russischen Umfragen		21
<hr/>		
■ CHRONIK		
19. November – 3. Dezember 2015		23

Die strategische Kultur Russlands – Russland begreifen

Norbert Eitelhuber, Hamburg

Zusammenfassung

Das Bild Russlands wird derzeit fast ausschließlich durch die Annexion der Krim, die fortdauernde Krise in der Ostukraine und das militärische Engagement Russlands in Syrien geprägt. Vielfach wird die Gefahr eines Wiederaufflammens des Kalten Krieges gesehen. Auch die innenpolitische Entwicklung Russlands deutet für viele Beobachter auf eine Abkehr des Landes vom politischen Westen hin. Westliche Kosten-Nutzenorientierte Politikansätze, die auf dem Menschenbild eines »homo oeconomicus« basieren, führen im Falle Russlands in den Augen vieler Beobachter nicht zu den gewünschten Resultaten. Es stellt sich die Frage, wie mit Russland reden, wie mit Russland umgehen? Neorealistische Analysen können Russlands Verhalten in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts nur begrenzt erklären und führen in ihren Schlussfolgerungen zu einem Wiederaufleben der früheren Blockkonfrontation. Eine Analyse der strategischen Kultur des Landes ermöglicht zwar keine konkrete Vorhersage russischen Verhaltens, bietet aber strategische Orientierung. Sie lässt kooperative Sicherheitsansätze als am besten geeignet für den Umgang mit Russland erscheinen.

Das Konzept der strategischen Kultur

Im heutigen Kulturverständnis der Konstruktivisten wird strategische Kultur verstanden als ein sich entwickelndes System gemeinsamer Einschätzungen, das Kommunikation, Wahrnehmungen und Handlungen einer Gruppe beeinflusst und über das auch Motive von Handlungen erkannt werden können.

Um ein besseres Verständnis der russischen strategischen Kultur zu gewinnen, wurden in der Studie »Russland im 21. Jahrhundert. Reif für eine multipolare Welt?« (siehe Lesetipp) folgende Parameter untersucht, die auf die außen- und sicherheitspolitische Politikausrichtung (Ideal- oder Realpolitik) eines Landes Einfluss haben: (1) Ausprägungsgrad autoritärer Herrschaftsformen, (2) Streben nach Sicherheit, (3) die Bereitschaft, Gewalt als Mittel einzusetzen, (4) Streben nach Anerkennung, (5) Streben nach Zugehörigkeit, (6) Großmachtstreben, (7) der Wert, der dem Individuum beigegeben wird. Dabei beschreiben Streben nach Sicherheit, Streben nach Anerkennung und Großmachtstreben die Zielebene der Politik. Der Ausprägungsgrad autoritärer Herrschaftsformen und die Bereitschaft, Gewalt als Mittel einzusetzen, spiegeln die Mittelebene wider, mit der diese Politik umgesetzt werden soll. Streben nach Zugehörigkeit und der Wert, der dem Individuum beigegeben wird, sind weitere die Politik begünstigende/hemmende Faktoren.

Diese strategischen Präferenzen (gemeinsame Annahmen und Entscheidungsregeln) der russischen Kultur kristallisierten sich aus einer Vielzahl geografischer und geopolitischer Faktoren sowie historischer und religiöser Entwicklungen heraus. Träger der strategischen Kultur ist vor allem eine kleine politische und/oder auch wirtschaftliche, administrative sowie militärische Elite, die die Außen- und Sicherheitspolitik bestimmt.

Die Berücksichtigung der strategischen Kultur bei der Erklärung russischen außen- und sicherheitspolitischen Verhaltens bedeutet nicht, dass Interessen als Bestimmungsgröße negiert werden. Doch oftmals sind auch Interessen nur eine Funktion der strategischen Kultur, da sich bereits bei ihrer Definition und Gewichtung die strategische Kultur ausgewirkt hat.

Das Verständnis der strategischen Kultur Russlands ist essentiell, um:

- anhaltende Faktoren, die das außen- und sicherheitspolitische Verhalten Russlands beeinflussen, zu identifizieren,
- mögliche Verhaltensweisen Russlands zu antizipieren,
- die Kommunikation von Anliegen des Westens zu verbessern, indem deren Perzeption durch die russischen Eliten mit einbezogen werden kann, und
- strategische Orientierung bezüglich der Frage »*Containment*« oder »Kooperation« zu bieten.

Russlands strategische Kultur heute

Die strategische Kultur des Landes blieb über die Epochen hinweg bis in die heutige Zeit weitgehend stabil. Schwankungen waren vor allem bei der Präferenz für die Abschottung Russlands von der Außenwelt zu erkennen.

Brüche in der strategischen Kultur waren sowohl bei der Auflösung des Zarenreiches als auch beim Zerfall der Sowjetunion erwartbar. In beiden Fällen hatte das bestehende System keine Antworten auf elementare gesellschaftliche Fragen. Eine nur graduelle Veränderung der strategischen Kultur war aufgrund der ausgeprägten Diskrepanz zwischen Ist-Zustand und wünschenswertem Zustand nicht mehr möglich. Der mit der Entstehungsgeschichte der Sowjetunion verbundene traumatische Schock führte aber nicht zu einem dauerhaften Wandel der strategischen Kultur, sondern

zu einer weiteren Vertiefung des ohnehin stark ausgeprägten Strebens nach Sicherheit.

Erst der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die Delegitimierung der staatsbegründenden Ideologie stellen einen ähnlich starken, die strategische Kultur verändernden Schock dar. Möglich wurde dies, weil durch die Eliten erstmals den Bedürfnissen der Bevölkerung ernsthaft Beachtung geschenkt wurde. Selbstverständlich geht ein so gravierender Wandel der strategischen Kultur nicht mit einem hierzu durchgängig konsistenten Verhalten der außen- und sicherheitspolitischen Eliten einher. In konkreten Situationen werden immer wieder alte Muster zum Vorschein kommen. Diese werden bei westlichen Beobachtern die Sorge vor einer Rückkehr des imperialen Russlands nähren. Hinzu kommt, dass der Blick meist nur auf Moskau und Sankt Petersburg fällt. Doch diese Städte sind nicht repräsentativ für das Land. Aus Sicht der strategischen Kultur stellen die gesellschaftlichen Strömungen dieser Städte nur eine Subkultur dar – eine Subkultur, der die Elite einen (mit)bestimmenden Einfluss verwehrt.

Die veränderten Präferenzen der strategischen Kultur bedeuten auch, dass der Ausgleich mit dem Westen vom Kreml als strategische Aufgabe gesehen wird. Nur so können innere und äußere Stabilität gleichzeitig gewährleistet werden. Diese Bewertung bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass Russland bereit ist, jeden Preis dafür zu zahlen. Wenn das Land seine äußere Sicherheit nicht mehr gewährleistet sieht oder konträr zu den Ausprägungen anderer Parameter der strategischen Kultur handeln müsste, wird es vermutlich zu den Mustern zurückkehren. Politiken, die konträr zu den Präferenzen der strategischen Kultur sind und sich somit unmittelbar auch gegen die bestimmenden Träger der strategischen Kultur – vor allem die Eliten – richten, führen nahezu unweigerlich zu andauernden Friktionen. Erschwerend kommt bei der Gestaltung der Russlandpolitik hinzu, dass sich Russland immer noch in einer schwelenden Identitätskrise befindet.

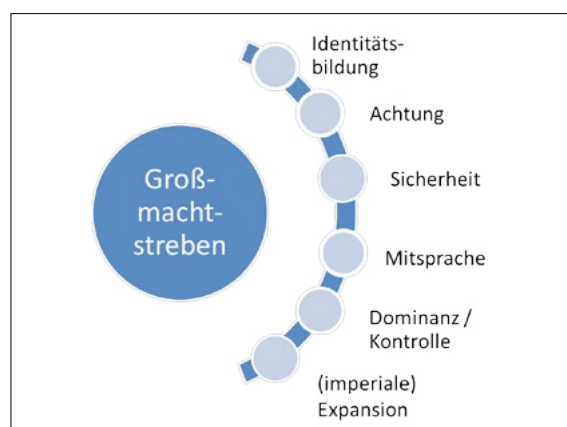
Russlands Präferenz für einen starken Staat und eine autoritäre Führung blieb durch die Ereignisse Anfang der 1990er Jahre weitgehend unverändert. Um die damalige Umbruchsituation in den Griff zu bekommen, gab die strategische Kultur als geeignete Lösung einen nach innen starken Staat vor. Aber selbst ein starker Präsident wie Wladimir Putin benötigt politische Zustimmung zu seinen Entscheidungen und Verhandlungsergebnissen. Er tut also gut daran, sein Regierungshandeln an der strategischen Kultur seines Landes auszurichten. Um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gewährleisten, greift er zunehmend auf identitätsstiftende Bilder – und damit Normen und Werte – aus der Geschichte zurück. Die Bedeutung der strategischen

Kultur wird deshalb für die Entwicklung der Gesellschaft, aber auch die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik noch weiter steigen.

Die strategische Kultur bewirkt, dass es nicht damit getan ist, nach westlichem Vorbild Interessengruppen, politische Parteien und Medien aufzubauen sowie Rechtsnormen zu setzen. Solange deren innere Wirkprinzipien und Normen nicht mit den Präferenzen der strategischen Kultur im Einklang stehen, werden sich in Russland Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit unterscheiden.

Deutlich ist das russische Streben, eine Großmacht sein zu wollen. Es beinhaltet das Streben nach einer internationalen Ordnung, in der die USA *und* Russland einen prominenten Platz haben und in der Russland sich nicht gegen (als solche wahrgenommene) von außen geförderten Unruhen und Revolutionen im eigenen Land wehren muss. Für die Beantwortung der Frage »Wie gehen wir mit Russland um?« ist es von zentraler Bedeutung zu wissen, welche Motivation sich hinter Russlands Großmachtstreben verbirgt (siehe Grafik). So gehen beispielsweise mit dem heutigen russischen Großmachtstreben Verhaltensweisen einher, die einer klassischen Definition von Imperialismus entsprechen, die aber nicht aus einem imperialen Streben heraus motiviert sind. Vielmehr sind diese Verhaltensweisen durch andere Faktoren wie beispielweise das Bemühen, eine eigene Identität zu formen und zu bestärken oder das Streben nach Achtung und/oder Sicherheit begründet. Einer *Containment*-Politik des Westens, die sich einzig gegen die imperialen Symptome russischen Großmachtstrebens wendet, wird folglich kaum Erfolg beschieden

Grafik 1: Die Motivation für Russlands Großmachtstreben



Quelle: Eitelhuber, Norbert: *Russland im 21. Jahrhundert. Reif für eine multipolare Welt? – Eine Analyse der strategischen Kultur Russlands*, Frankfurt am Main, Berlin, New York, Oxford, u. a., 2015, S. 274.

sein. Vielmehr muss den anderen Motivatoren vermehrt Augenmerk geschenkt werden.

In Russland findet sich eine Mischung aus fortbestehenden und neuen Elementen der strategischen Kultur. Die strategische Kultur befindet sich in einer Evolution, die dynamischer ist als in Phasen kontinuierlicher politischer Entwicklungen. Wird in einer solchen Phase mit Druck interveniert, wird dies durch die Brille der russischen strategischen Kultur als alte, fortdauernde existenzielle Bedrohung wahrgenommen. Damit wird der stattfindende Wandel der strategischen Kultur blockiert und auf alte Muster zurückgeworfen. Für Russland war das Gefühl, bedroht zu sein, stets ein leitendes Handlungsmotiv, auch wenn mancher Nachbarstaat genau die entgegengesetzte Wahrnehmung hat.

Probleme im gemeinsamen Umgang

Moskau hatte den Westen wieder und wieder vor einer Einmischung in seine Kerninteressensphäre gewarnt. Dabei wurden von Mal zu Mal die Töne deutlicher. Doch der Westen schlug diese Warnungen in den Wind. Die Demokratieförderung in der Ukraine war aus Sicht Moskaus eine weitere ebensolche unerwünschte Einmischung. Die junge Bevölkerung eines russischen Brudervolkes sollte sich nach Westen orientieren und von Moskau abgespalten werden. Vor dem Hintergrund der strategischen Kultur des Landes stellte dies einen *casus belli* dar. In dieser innerrussisch als Krisenlage empfundenen Situation, die als eine der letzten Nachwehen des Zerfalls der Sowjetunion bezeichnet werden kann, war Moskaus heftige Reaktion erwartbar. Sie ist kein Beleg für ein anti-westliches, imperiales Russland. Klassisch-westliches, rationales Kosten-Nutzen-Denken kann in der Ukrainefrage von russischer Seite nicht erwartet werden. Moskau war sich bereits zu Beginn der Krise im Klaren, dass es gegebenenfalls einen sehr hohen Preis zu zahlen haben würde – und handelte, geleitet durch seine strategische Kultur, dennoch auf die bekannte Weise.

Deutschland und die anderen Staaten des politischen Westens sollten sich bewusst sein, dass sie kein Interesse an einem instabilen Russland haben können – die Risiken der Instabilität in einem Raum von der Größe der Russischen Föderation würden die Fähigkeiten des westlichen Krisenmanagements hoffnungslos überfordern. Selbst ein Sturz Putins birgt eher die Gefahr einer Machtergreifung radikalerer Elemente, als die Chance eines demokratischen Wandels. Selbstverständlich wird die Politik in dessen Machtkreis gemacht, aber sie ist in weiten Teilen auf die von Eliten und Bevölkerung geteilten Präferenzen zurückzuführen. Kritiker mögen einwenden, die Haltung der Bevölkerung sei einzig durch die von Putins Getreuen gelenkten Medien beeinflusst. Diese Sichtweise greift zu kurz. Denn das in den Medien

verbreitete Weltbild bedient vorwiegend die in der strategischen Kultur verankerten Präferenzen – ein Prozess, der letztlich auch der Legitimation der Eliten dient. Die Medien aber verändern nicht die strategische Kultur.

Ein weiteres Hindernis einer gedeihlichen Kooperation sind die im politischen Westen immer noch weit verbreiteten Stereotypen, die die Russische Föderation mit der untergegangenen Sowjetunion gleichsetzen. Auch die Bereitschaft, sich auf kooperative Politikansätze einzulassen, erscheint stark durch die unterschiedlichen strategischen Kulturen der jeweiligen westlichen Staaten geprägt zu sein. Während in Deutschland die Überzeugung vorherrscht, die Ostpolitik habe zum Wandel in Europa geführt, sind US-amerikanische Eliten mehrheitlich der Meinung, das Wiederaufleben der Rollback-Politik unter Reagan habe den Ausschlag gegeben. Hinzu kommt, dass mit den USA und Russland zwei Nationen, die beide aus eigener Sicht vorrangig ihre Sicherheit gewährleisten wollen, also defensiv motiviert sind, offensiv aufeinander stoßen. Will der Westen gegenüber Russland eine einheitliche Politik vertreten, muss er offensichtlich zunächst einmal eine gemeinsame Sicht auf Russland entwickeln. Alle anderen Politikansätze führen zu einer verstörenden Kakophonie der Signale gegenüber Moskau.

Eine Definition Europas, die Geografie und gemeinsame Geschichte außen vor lässt und sich ausschließlich an Begriffen wie Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft orientiert, grenzt aus. Dabei beinhaltet die heutige Akzeptanz von Multipolarität die Anerkennung der Unterschiedlichkeit »des Anderen«.

Erfordernisse im Umgang

Anders als zu Zeiten, als George Kennan seinen weltberühmten Aufsatz »The Source of Soviet Conduct« schrieb, verfolgt Russland keine Ideologie mehr. Die Wünsche und Sehnsüchte der Bevölkerung nehmen eine weit höhere Priorität ein. Die russische Bevölkerung ist auch nicht grundsätzlich anti-westlich eingestellt. Faire, kooperative Beziehungen zu beiderseitigem Nutzen werden von ihr begrüßt. Aus diesem Grund können es sich die Eliten auch nicht mehr erlauben, für Russland das Konzept eines Staates unter Belagerung dauerhaft aufrecht zu erhalten. Anders als Kennan, der aus seiner damaligen Analyse ableitete, *Containment* sei die angemessenste Politik gegenüber Russland, kommt eine Analyse der strategischen Kultur Russlands zu dem Ergebnis, dass »kooperative Sicherheit« die Grundlage einer jeden *Grand Strategy* gegenüber Russland sein muss – auch nach der Annexion der Krim. Sanktionen sind unter diesen Rahmenbedingungen eine wenn auch unvermeidliche Reaktion, aber keine Strategie.

Ein Russland, dem die Rolle eines eigenständigen Pols in einer multipolaren Welt verwehrt bleibt, wird ein Quell von Friktionen und Instabilität bleiben. Russ-

land, wie auch andere Mächte mit Gestaltungswillen, fordert globale Mitsprache ein. Sicherheit vor Russland mag im Lichte der Ereignisse naheliegend und verlockend erscheinen, ist aber eine Garantie, den Konflikt auf unbestimmte Zeit zu perpetuieren. Dieser führt zu einer dauerhaften Abkehr vom Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Den Ausschlag geben kann ein Europa, das aus wohlverstandenen Eigeninteresse behutsam auf Russland zugeht.

Dies setzt die Bildung von Vertrauen, Vertrauen und nochmals Vertrauen voraus – ein Prozess, der insbesondere nach den Ereignissen in der Ukraine einen langen Atem erfordert. Mit erneut wachsendem Vertrauen werden zunehmend »Erfolgslebnisse« zu verzeichnen sein. Im Falle eines Dissenses sollte Kritik an Russland gesichtswahrend vorgebracht werden. Es ist das gute Recht eines souveränen Staates, eine andere Position als die des politischen Westens zu vertreten. Geopoliti-

ischem Denken der USA müssen die Europäer im eigenen Interesse entgegnetreten. Sollte Russlands Großmachtstreben künftig wieder primär durch ein Streben nach Sicherheit motiviert sein, bedeutete dies eine Verfestigung der Systemgegensätze. Aus dem Blickwinkel der strategischen Kultur betrachtet, ist nämlich Russland gegenwärtig erst dabei zu lernen, mit seiner neuen Rolle auf der internationalen Bühne und mit seinen neuen Nachbarn umzugehen. Es muss erlernen, dass Sicherheit weniger durch eine hegemoniale Position als vielmehr durch Kooperation mit der Umwelt erreicht wird.

Russlands Ansatz, seine Wohlfahrt zu fördern, wird sich im Wettbewerb mit anderen Modellen, zum Beispiel der Idee der liberalen Demokratie, beweisen müssen. Wenn der Westen davon überzeugt ist, dass er die bessere Idee, das bessere Wirtschaftssystem hat, dann ist die Zeit auf seiner Seite, dann werden sich seine Ideale von alleine ihren Weg bahnen.

Über den Autor

Dr. Norbert Eitelhuber war als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig. Anschließend arbeitete er sowohl im Bundesministerium der Verteidigung als auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Referent im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik. In den folgenden Jahren war er als Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg tätig.

Lesetipps

Eitelhuber, Norbert: Russland im 21. Jahrhundert. Reif für eine multipolare Welt? – Eine Analyse der strategischen Kultur Russlands, [= Bd. 3 der Reihe: Sicherheit in der multipolaren Welt], Peter Lang Verlag: Frankfurt am Main, Berlin, New York, Oxford, u. a., 2015.

ANALYSE

Die Militärreform in Russland und ihre Folgen

Alexander Golts, Moskau

Zusammenfassung

Die Fähigkeit der russischen Streitkräfte zu effektivem, flexiblem und schnellem Eingreifen, wie es sich bei der Annexion der Krim gezeigt hat, sowie bei der Führung eines hybriden Krieges im Donbass und dem Einsatz in Syrien sind Ergebnis einer Militärreform, die von 2008 bis 2012 durchgeführt wurde. Dies wirft die Frage auf, ob die »liberale« Militärreform dem autoritären Staat einen Nutzen gebracht hat. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Russland das Aufkommen eines »neuen Militarismus« zu erwarten hat, in dem sich moderne Modelle des Militäraufbaus mit der totalitären Ideologie einer mobilisierten Massenarmee verbinden würden. Bereits jetzt ist klar: Selbst eine »richtige« Reform in einem bestimmten Bereich, beispielsweise beim Militär, garantiert noch keineswegs eine positive Entwicklung des autoritären Regimes.

»Liberale« Militärreform (2008–2012)

Die Rolle, die die Streitkräfte Russlands bei der Einnahme der Krim, bei dem hybriden Krieg im Donbass

und dem Eingreifen in Syrien gespielt hat, ist mehr als nur ein Anlass, über die Folgen einer radikalen Militärreform in einem autoritären Staat nachzudenken. Es wird

angenommen, dass gerade die strategische Mobilität (die Fähigkeit, eine militärische Aufgabe innerhalb weniger Stunden nach Erhalt des Befehls zu erledigen) von 30 bis 40 Eliteeinheiten das wichtigste Ergebnis der Militärreform ist, die in den Jahren 2008 bis 2012 durchgeführt wurde. Diese Fähigkeit zeigte sich zunächst nach dem 26. Februar 2014, als Präsident Wladimir Putin eine »umgehende Prüfung« der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte verkündet hatte und dann innerhalb von ein bis zwei Tagen rund 40.000 Militärangehörige entlang der russisch-ukrainischen Grenze stationiert wurden.

Im Zuge der Reform war eine gewaltige Zahl von Offiziersstellen abgebaut worden. Von den 355.000 Offizieren blieben 220.000, und von den 140.000 »Praporschtschiki« (Heer) und »Mitschmany« (Marine) [zwischen Offizier und Unteroffizier angesiedelte Dienstgrade, engl.: warrant officer; d. Red.] nur 50.000. Doch selbst solche Kürzungen verblissen vor dem Hintergrund der durchgeführten »organisatorischen Maßnahmen«: Die Zahl der Einheiten und Verbände der Landstreitkräfte (Heer) wurde auf ein Elftel reduziert, von 1890 auf 172; bei der Luftwaffe (Luft- und Weltraumstreitkräfte) erfolgte eine Halbierung von 240 auf 120 und bei der Seekriegsflotte (Marine) eine Verringerung von 240 auf 123. Eine derart drastische Reduzierung ist dadurch zu erklären, dass alle »nicht einsatzbereiten« Verbände (diese hatten in den Streitkräften rund 80 Prozent der Gesamtzahl der Verbände ausgemacht) aufgelöst wurden. Es erfolgte ein Übergang vom vierstufigen Organisationssystem der Streitkräfte (Militärbezirk – Armee – Division – Regiment) zu einem dreistufigen: (Militärbezirk / vereinigt strategisches Kommando – Armee – Brigade). Im Heer wurden aus 23 Schützen- und Panzerdivisionen rund 60 allgemeine Brigaden gebildet. Bei der Luftwaffe wurden die Stützpunkte zur wichtigsten operativen Einheit. Im Zentralapparat des Verteidigungsministeriums hatten 2008 noch 10.523 Militärangehörige gedient, darüber hinaus waren 11.000 Offiziere den Stellen der Militärverwaltung zugeteilt, wodurch sich eine Gesamtzahl von fast 22.000 ergab. Durch die Kürzungen im zentralen Apparat des Verteidigungsministeriums sind nur noch rund 8.500 Offiziere übriggeblieben.

Diese quantitative Reduzierung führte zu einer vollständigen Abkehr von dem Konzept, das in den 1870er Jahren eingeführt wurde und in der massenhaften Mobilisierung eine notwendige und äußerst wichtige Bedingung zur Abwehr einer militärischen Bedrohung sieht. Im Falle einer solchen Bedrohung sollten vier bis acht Millionen Reservisten zu den Waffen gerufen werden, die dann unter dem Kommando von »überzähligen« Offizieren in zu Friedenszeiten nicht einsatzbereiten »Rahmeneinheiten« stehen würden.

Diese Maßnahmen waren begründet, da die Autoren der Reform davon ausgingen, dass selbst zu Kriegszeiten

ten nicht mehrere Millionen, sondern lediglich 700.000 Reservisten eingezogen würden.

Diese Kürzungen waren es, die die strategische Mobilität der Streitkräfte Russlands gewährleisten: Die verbliebenen Verbände werden jetzt hinsichtlich der Personalstärke wie zu Kriegszeiten besetzt. Nach Erhalt eines Befehls verlieren sie somit keine Zeit durch die personelle Komplettierung der Einheiten. Gleichzeitig bewegt sich die Armee nun in Richtung Professionalisierung.

Anfangs war davon gesprochen worden, dass bis 2017 425.000 Zeitsoldaten per Vertrag rekrutiert werden sollten. Der neue Verteidigungsminister Sergej Schojgu verkündete dann die Vorgabe von 495.000 Zeitsoldaten bis 2020. Derzeit hat die Zahl der Zeitsoldaten 300.000 erreicht, wodurch diese Zahl zum ersten Mal in der Geschichte die Zahl der Grundwehrdienstleistenden übertrifft. Die Rekrutierung von Wehrpflichtigen soll zwar erhalten bleiben, allerdings nicht mehr als zehn Prozent der erklärten Millionenstärke der Streitkräfte ausmachen. Die Rekrutierung Wehrpflichtiger soll somit praktisch freiwillig werden: Eingezogen würden nur jene, die planten, Berufssoldat zu werden.

Teilweise Rücknahme von Reformvorhaben

Die Reformen wurden dann jedoch in der »quantitativen« Phase gestoppt; sie blieben auf eine Reduzierung des Personals und der Armeeverbände beschränkt. Der Verzicht auf eine Wehrpflichtarmee machte dabei den Übergang zu einem grundlegend verbesserten Ausbildungsniveau des Personals erforderlich. Man stand also vor der Notwendigkeit, das System der militärischen Ausbildung tiefgreifend zu ändern, sich von der alten Laufbahnordnung für Offiziere zu verabschieden, und die Institution professioneller befehlshabender Unteroffiziere einzuführen. Serdjukow hatte beschlossen, alle Offiziersschulen – 2008 waren das 68 – in 10 wissenschaftliche Ausbildungszentren umzuwandeln (entsprechend den Teilstreitkräften und Truppengattungen der Streitkräfte). Dort sollten die in den jeweiligen Bereichen führenden Militärwissenschaftler konzentriert und Möglichkeiten geschaffen werden, dass Offiziersanwärter und Offiziere an die modernsten Methoden militärischer Einsätze herangeführt werden.

Darüber hinaus wurde beschlossen, sich von den Akademien der Teilstreitkräfte zu verabschieden sowie die Ausbildung an der Akademie des Generalstabes bis auf einige Monate zu verkürzen. Die Architekten der Reform gingen davon aus, dass Offiziersanwärter an den Hochschulen, nachdem sie eine militärische Grundbildung vermittelt bekommen haben, anschließend neue Kenntnisse erwerben würden, ohne ihren Dienort für längere Zeit verlassen zu müssen (beim alten System konnte es geschehen, dass der Offizier eine beträchtliche Zeit fern von der Truppe verbrachte: drei Jahre an

der Akademie und dann zwei weitere Jahre an der Akademie des Generalstabs). Für den nächsten Dienstgrad und Rang müsste er nun zwangsläufig (die Dienstjahre allein wären nicht hinreichend) nicht allzu lange Ausbildungskurse absolvieren und sich in einem bestimmten Bereich neues Wissen und neue Fertigkeiten aneignen.

Schließlich und als wichtigstes wurde das Programm der Basisausbildung vollständig überarbeitet. Dieses sollte auf der Aneignung grundlegender wissenschaftlicher Fachkenntnisse beruhen, während der Aneignung konkreter militärischer Fertigkeiten erheblich weniger Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte (da letztere leicht in speziellen Ausbildungszentren erworben werden können). Die Reformer wollten geisteswissenschaftliche Disziplinen, in erster Linie das Erlernen von Fremdsprachen, an allen militärischen Hochschulen zu Hauptfächern machen. Kurz gesagt, an die oberste Stelle wurden Führungsqualitäten wie etwa die Fähigkeit gesetzt, ständig dazuzulernen und die Welt um sich herum sowie den eigenen Platz in ihr zu verstehen.

Militärisches Bildungswesen bleibt traditionell

Nach der Entlassung Serdjukows jedoch wurde bei der Reform der Rückwärtsgang eingelegt. Das Verteidigungsministerium beschloss, 18 Hochschulen und 15 ihrer Außenstellen beizubehalten. Dabei ist wohl kaum zu erwarten, dass 33 über das gesamte Land verstreute Militärschulen ein modernes Ausbildungsniveau gewährleisten werden. Die Ausbildungseinrichtungen, die sich zu Zeiten Serdjukows in der Zuständigkeit des Ausbildungsreferats des Verteidigungsministeriums befanden, wurden erneut den Oberkommandos der jeweiligen Teilstreitkräfte unterstellt. In Erfüllung der engen behördlichen Vorgaben (möglichst schnelle Aneignung der Dienstpflichten und -vorschriften durch den Leutnant), wird gefordert, dass die Hochschulen die Absolventen nicht mit grundlegenden Kenntnissen ausstatten, sondern vor allem mit praktischen Fertigkeiten. Hierzu dürfte wohl auch die von Schojgu verkündete Rückkehr zum alten sowjetischen Muster der Militärausbildung (Militärhochschule – Akademie der Teilstreitkräfte – Akademie des Generalstabs) ihren Beitrag leisten.

Dass die Regierung auf eine Reform des militärischen Bildungswesens verzichtet hat, ist kein Zufall. Wenn gebildete, selbständige, sich selbst und ihrer Rechte bewusste Menschen in die Armee eintreten, wären diese wohl kaum mit dem bestehenden System zufrieden, in dem ein Offizier jeden, sogar einen verbrecherischen, Befehl auszuführen hat. Ich möchte betonen, dass dies insbesondere jetzt aktuell ist, in einer Zeit, in der im Kreml ernsthaft davon gesprochen wird, dass die »bunten Revolutionen« eine neue Art Kriegshandlung sind. Gleichzeitig drängt Verteidigungsminister Sergej Schojgu darauf, wissenschaftlich begrün-

dete Möglichkeiten zu finden, um die Armee im Landesinneren einzusetzen. Der Generalstab hat sich nun schon ein Jahr lang der Ausführung dieses Befehls entzogen.

Das Verteidigungsministerium hat anscheinend von der Idee Abstand genommen, ein umfangreiches Kontingent von Unteroffizieren (serschanty) als professionelle Kommandeure für die unteren Ebenen zu schaffen. Deren Funktionen will man nach wie vor Offizieren übertragen. Deshalb auch wendet sich das Verteidigungsministerium wieder in Richtung der alten »extensiven Reproduzierung« der Offizierskräfte. Alle Offiziersschulen, die nicht aufgelöst wurden, werden versuchen, bei den Oberkommandos der Teilstreitkräfte eine Aufstockung der Zahl ihrer Anwärter zu erreichen. Ein Überschuss an Offizieren droht dem Land auch dadurch, dass die Dienstzeit der Offiziere vor kurzem auf fünf Jahre verlängert wurde. Offiziere werden aber dazu gebraucht, das Kommando über jemanden zu führen. Das bedeutet wiederum, dass weder die Einberufung von Wehrpflichtigen, noch die Zahl der Offiziersstellen verringert wird.

Reservisten als Teil der Massenmobilisierung

Etwas Vergleichbares geschieht mit dem System der Komplettierung der Streitkräfte durch Reservisten. Ende 2008 war verkündet worden, dass erstmals in der Geschichte Russlands der Dienst als Reservist bezahlt und freiwillig werde, und dass sich Interessenten nach dem Grundwehrdienst oder dem Dienst auf Zeit als Reservisten registrieren lassen können. Aus den Reservisten sollten gesonderte Einheiten gebildet werden, deren personelle Ausstattung durch den Militärbezirk zu erfolgen habe.

Die russische Generalität hat diese Idee jedoch bewusst ins Absurde getrieben: Es wurde ein »Experiment« verkündet, das sich bis in die Gegenwart hinzieht. Es stellte sich heraus, dass nur 5.000 Soldaten und Offiziere für den Dienst in der Reserve registriert werden sollten. Und später, falls das Experiment erfolgreich war, werde die Zahl der Reservisten auf 8.000 steigen. Das entspricht ungefähr zwei Brigaden – von benötigten 60. Das heißt, es gelingt ganz offensichtlich nicht, 58 Brigaden auf freiwilliger Basis zu bilden. Es gelänge jedoch mit Hilfe von »Mobilisierungsressourcen«, indem wie zu sowjetischen Zeiten die diensttaugliche männliche Bevölkerung als Reserve registriert wird. Damit würde jedoch die vormalige Anzahl an Dienststellen für Offiziere und Generäle erhalten bleiben, damit nämlich jemand da ist, der diese sagenhaften Divisionen kommandiert. Somit würde die Zahl der Reservisten riesig und unbestimmt bleiben müssen.

Hierin ist der Grund zu sehen, warum die russische Generalität den Vorschlag Wladimir Putins torpedierte, ein System des Armeedienstes für Studenten einzuführen, im Rahmen dessen diese ihre Hochschule nicht verlassen müssten. Diesem System zufolge würden Studen-

ten innerhalb von anderthalb oder zwei Jahren einen Tag pro Woche der militärischen Ausbildung widmen. Nach Absolvierung dieses Kurses hätten sie ein dreimonatiges Trainingslager zu durchlaufen. Anschließend würden sie als einfache Soldaten oder Unteroffiziere in die Reserve entlassen, ohne je einen echten Dienst in der Truppe absolviert zu haben. Schojgu versuchte die prinzipiell unlösbare Aufgabe zu lösen, die Putin gestellt hatte (die Personalstärke der Streitkräfte sollte auf eine Million gebracht werden), indem er auf einen Schlag Zehntausende Studenten in den Dienst der Streitkräfte aufnahm. Doch auch hier griffen die Generäle zu Sabotage. Statt der ursprünglich geplanten 58.000 Studenten, die im Jahr 2015 nach dem neuen System ausgebildet werden sollten, waren es tatsächlich nur 15.000.

Schojgu Balanceakt

Dem erfahrenen Politiker Sergej Schojgu gelingt es vorläufig noch, eine gewisse Balance zwischen einer »liberalen« Militärreform und den Grundprinzipien des derzeitigen Regimes aufrechtzuerhalten, eines Regimes, das auf der Annahme beruht, dass es einer Großmacht schlicht und einfach nicht ansteht, eine Armee von weniger als einer Million zu haben. Dabei ist bereits jetzt offensichtlich: Die russische Regierung ist von der Effizienz der Streitkräfte derart überzeugt, dass sie ihnen Aufgaben aufzuerlegen begann, die sie nicht erfüllen können. Im gleichen Maße, in dem die Ambitionen des Kreml, die mit einem Einsatz militärischer Mittel zusammenhängen, zunehmen, wird die andere Seite der Reform der Streitkräfte erkennbar. Im März 2014 war der Kreml genötigt, im Süden und Osten der Ukraine auf ein Szenario zu verzichten, das die Annexion der Krim wiederholt hätte. Eine Einnahme der Gebiete Donezk und Luhansk wäre in dieser Situation nicht schwierig gewesen. Eine neue Grenze zu schaffen und Einheiten zu stationieren, die diese Grenze über einen längeren Zeitraum schützen ist jedoch eine Aufgabe, die ganz andere Dimensionen hat und, was schwerer wiegt, eine andere Personalstärke der Streitkräfte erfordert – Elitetruppen von 40.000 bis 50.000 reichen da nicht aus. Es war kein Zufall, dass im Februar 2015, als der strategisch wichtige Eisenbahnknotenpunkt Debaltsewe eingenommen werden sollte, das russische Kommando gezwungen war, ein Panzerbataillon aus Burjatien, aus dem asiatischen Teil des Landes heranzuführen. Die Streitkräfte Russlands wurden in den letzten Jahren nach einem Modell aufgebaut, wie es einst Colin Powell dargelegt hatte: Streitkräfte müssen kurzfristig und massiv eingesetzt werden, und sie müssen nach dem Sieg unverzüglich abgezogen werden. Der Krieg in der Ukraine hat jedoch andere Anforderungen gestellt.

Die Geheimoperation im Donbass, an der die russische Armee beteiligt ist, hat darüber hinaus Disziplin und

Moral der Truppe erheblich geschadet. In dem Bestreben, diese Beteiligung geheim zu halten, hat die Militärführung geheime Begräbnisse der Gefallenen abgehalten. Die militärische Führung wartete mit der absurden Behauptung auf, dass russische Militärangehörige in der Ukraine gekämpft haben, während sie angeblich Urlaub von ihren Einheiten genommen hatten. Dabei ist allen wohlbekannt, dass ein Militärangehöriger, der Urlaub nimmt, verpflichtet ist, in einem Bericht den voraussichtlichen Ort des Urlaubs anzugeben. Wer solche Erklärungen abgibt, fügt den Streitkräften enormen Schaden zu.

Moral und Disziplin in der Armee beruhen auf dem vollen Vertrauen zum Kommandeur, der wiederum die volle Verantwortung für das Leben seiner Untergebenen trägt. Derzeit ist es aber so, dass Kommandeure von Eliterverbänden der russischen Streitkräfte mit Hilfe äußerst mieser Tricks versuchen, die Verantwortung für gegebene Befehle abzugeben. Das könnte sehr viele davon abhalten, professionell zum Militär gehen zu wollen, und es würde die Absicht des Verteidigungsministeriums durchkreuzen, bis zu 50.000 Zeitsoldaten pro Jahr zu rekrutieren.

Dadurch werden gerade jetzt, in einer Situation, in der die russische Armee scheinbar ihre Effizienz demonstriert, die Probleme der Reformen immer deutlicher. Einerseits hat sich die Regierung lediglich auf »quantitative« Veränderungen beschränkt, auf eine Reduzierung des Offizierskorps und der Anzahl der Verbände. Von qualitativen Veränderungen hat der Kreml dabei abgesehen, da diese offensichtlich den »ideologischen Grundlagen« des von Wladimir Putin errichteten Staates zuwiderlaufen. Eine Reform der Streitkräfte, so sie bis in eine »qualitative« Phase hinein fortgeführt würde, könnte langfristig nicht nur auf die militärische Organisation einen erheblichen Einfluss haben, sondern auch auf die russische Gesellschaft insgesamt. Über dreihundert Jahre hinweg, seit der Einführung eines stehenden Heeres, hat der Staat in den Bewohnern des Landes vor allem eine Ressource zur Führung von Kriegen gesehen. Das gesamte System der ideologischen Lenkung des Landes baute auf der Vorstellung auf, das Land sei ein geschlossenes Feldlager, eine belagerte Festung. Ein Verzicht auf massenhafte Mobilisierung, ein Übergang zu einer Freiwilligenarmee würde die Beziehung zwischen Bürger und Staat grundlegend verändern. Und hier trat der Präsident auf die Bremse. Schließlich halten nicht nur er, sondern auch ein erheblicher Teil der Bevölkerung die Armee für eine exakte Kopie des autoritären Staates.

Fazit

Eine mobilisierte Massenarmee ist für das Putinsche autoritäre Modell des Staatsaufbaus von grundlegender Bedeutung, da sie das Gefühl vermittelt, dass jeder Bürger, ganz unabhängig von sozialem Status, Bildung

oder Wohlstand, dem Staat ständig »etwas schuldig ist«. Der Kreml stand vor der Notwendigkeit, sich zwar einerseits von der Mobilisierungsgrundlage der Armee sowjetischen Typs zu verabschieden, gleichzeitig aber den militaristischen Überbau beizubehalten. Offensichtlich gelang dies, indem die Reform Serdjukows auf halber Strecke, in der »quantitativen Phase«, gestoppt wurde.

Der Konflikt um die Ukraine verweist auf einen weiteren Grund, warum die Regierung in Russland möglicherweise mit der Militärreform unzufrieden sein könnte – selbst wenn der Kreml durch diese Reform einsatzfähige Streitkräfte erhielt. Sie garantieren zwar in jedem Konflikt im postsowjetischen Raum einen Sieg, haben sich aber als unzureichend erwiesen, wenn es um eine Besetzung des Donbass geht. Falls die sogenannten »geopolitischen Ambitionen« Russlands sich ausweiten sollten, entstünde bei der Führung des Landes unausweichlich die Versuchung, zu einer Armee zurückzukehren, die auf massenhafter Mobilisierung beruht und dem Kreml Millionen Reservisten an die Hand geben würde, die ein Besetzungsregime sicherstellen könnte.

Auf jeden Fall stehen die Wissenschaftler vor der wichtigen Frage, welche Folgen eine »liberale« Militärreform in einer Situation hätte, in der das Land autoritär bleibt. Es erscheint angemessen, Russland mit Deutsch-

land zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu vergleichen. Die Grundprinzipien des Aufbaus der deutschen Streitkräfte wurden seinerzeit von »Liberalen in Uniform« geschaffen: von Clausewitz, Scharnhorst und Gneisenau. Es ging um eine Wehrpflichtarmee, die nach Vorstellung ihrer Organisatoren eine Gemeinschaft von »Bürgern in Uniform« sein sollte. Allerdings muss hier angemerkt werden, dass dieses »liberale« Modell in einem zutiefst autoritären preußischen Staat angewandt wurde; das führte später zur Schaffung einer nahezu idealen Militärmaschine, die blind die Befehle des »Führers« ausführte. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass auch in Russland die Geburt eines »neuen Militarismus« zu erwarten ist, bei dem moderne Modelle des Militäraufbaus sich mit der totalitären Ideologie einer Armee der Massenmobilisierung verbinden. Bereits jetzt ist klar: Selbst eine »richtige« Reform in einem bestimmten Bereich, sei es beim Militär oder im Steuerwesen, garantiert noch keineswegs eine positive Entwicklung des autoritären Regimes. Das Regime könnte im Gegenteil dadurch gestärkt werden, dass es durch Reformen effektive Instrumente zur Verfügung bekommt, zum Beispiel moderne Finanzinstitutionen oder modernisierte Streitkräfte.

Übersetzung: Hartmut Schröder

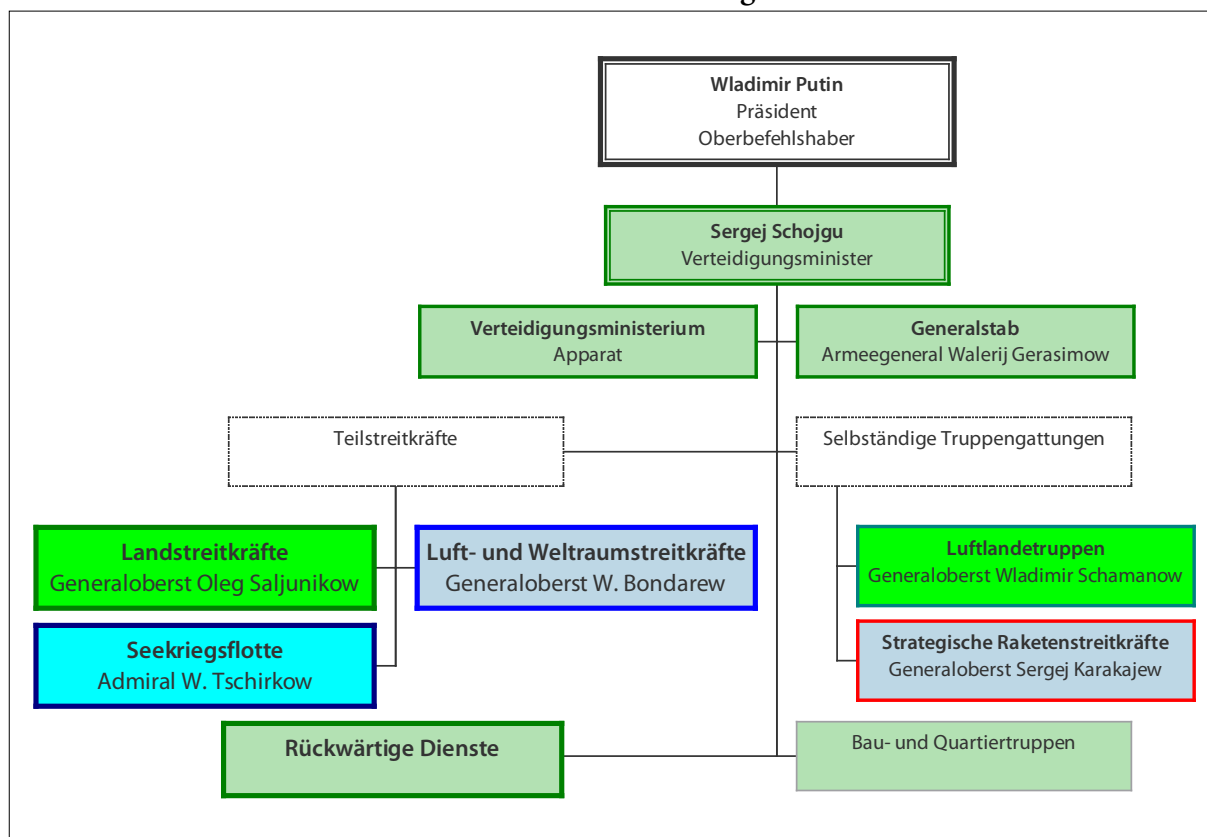
Über den Autor

Alexander Golts ist Journalist, er hat 1978 die Fakultät für Journalistik (Fachbereich Internationales) der Staatlichen Moskauer Universität absolviert. Seine Tätigkeit als Journalist begann er im offiziellen Organ des Verteidigungsministeriums der UdSSR, der Zeitung »Krasnaja Swesda« (»Roter Stern«), zunächst als Korrespondent, dann als politischer und außenpolitischer Redakteur. Von 1996 bis 2001 war er Redakteur für Politik und Militärfragen bei der Zeitschrift »Itogi« und Kolumnist bei »The Russia Journal«. Seit 2001 bis heute ist er stellvertretender Chefredakteur des »Jeschednewnyj Shurnal«, von 2005 bis 2015 ebenso Kolumnist der Zeitung »The Moscow Times«. 2013 wurde Golts mit dem »Gerd Bucerius-Förderpreis Freie Presse Osteuropas« der ZEIT-Stiftung ausgezeichnet.

Lesetipps

- Bartles, Charles K., Roger N. McDermott: Russia's Military Operation in Crimea. Road-Testing Rapid Reaction Capabilities, in: Problems of Post-Communism, 61.2014, Nr. 6, S. 46–63.
- Giles, Keir, Andrew Monaghan: Russian Military Transformation – Goal In Sight?, Carlisle, PA: Strategic Studies Institute and U.S. Army War College Press, Mai 2014.
- Golts, Alexander: Reform: The End of the First Phase—Will There Be a Second?, in: The Journal of Slavic Military Studies, 27. 2014, Nr. 1, S. 131–46.
- Gressel, Gustav: Russia's quiet military revolution and what it means for Europe [=European Council on Foreign Relations. Policy Brief], 12. Oktober 2015.
- Hedenskog, Jakob, Carolina Vendil Pallin (Hrsg.): Russian Military Capability in a Ten-Year Perspective – 2013, Stockholm: FOI, Dezember 2013; <www.foi.se/ReportFiles/foir_3734.pdf>), 158 S.
- MacDermott, Roger N.: Russia's Strategic Mobility. Supporting 'Hard Power' to 2020?, Stockholm: FOI, April 2013 (= Report no FOI-R--3587-SE <<http://www.foi.se/report?rNo=FOI-R--3668--SE>>), 101 S.
- Norberg, Johan: High Ambitions, Harsh Realities. Gradually Building the CSTO's Capacity for Military Intervention in Crises, Stockholm: FOI, Mai 2013; <www.foi.se/ReportFiles/foir_3668.pdf>.
- Renz, Bettina: Russian Military Capabilities after 20 Years of Reform, in: Survival, 53.2014, Nr. 3, S. 61–84.
- Sutyagin, Igor: Russian Forces in Ukraine [= Royal United Services Institute. Briefing Paper], 9. März 2015; <https://rusi.org/sites/default/files/201503_bp_russian_forces_in_ukraine.pdf>).

Grafik 2: Streitkräfte der Russländischen Föderation. Organisationsschema



© Schröder 2015

Tabelle 1: Personalstärken der russischen Streitkräfte

<i>Insgesamt, reguläre Streitkräfte</i>	771.000
Landstreitkräfte	230.000
Seekriegsflotte	130.000
Luft- und Weltraumstreitkräfte*	148.000
Strategische Raketestreitkräfte	80.000
Luftlandetruppen	32.000
Speznas	1.000
Führung und Versorgung	150.000
<i>Paramilitärische Truppen</i>	489.000
<i>Reserve (alle Gliederungen)*</i>	2.000.000

ⁱCa. 2.000.000 mit Wehrdienst in den letzten 5 Jahren; Reservestatus bis zum Alter von 50 Jahren

Wehrdienst: 12 Monate

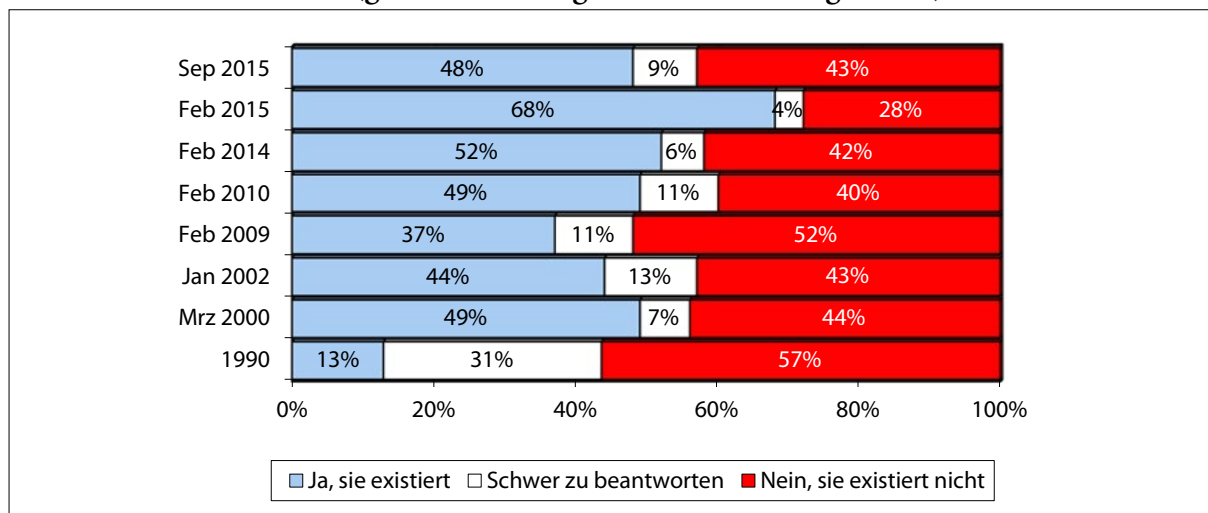
*Zuvor zwei separate Teilstreitkräfte (Luftstreitkräfte und Weltraumstreitkräfte), die 2015 zusammengelegt wurden.

Quelle: : International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance 2015*. London: Routledge 2015. Kapitel 5: Russland und Eurasien, S. 159–206 <<http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/04597222.2015.996357>>, 31. Oktober 2015.

UMFRAGE

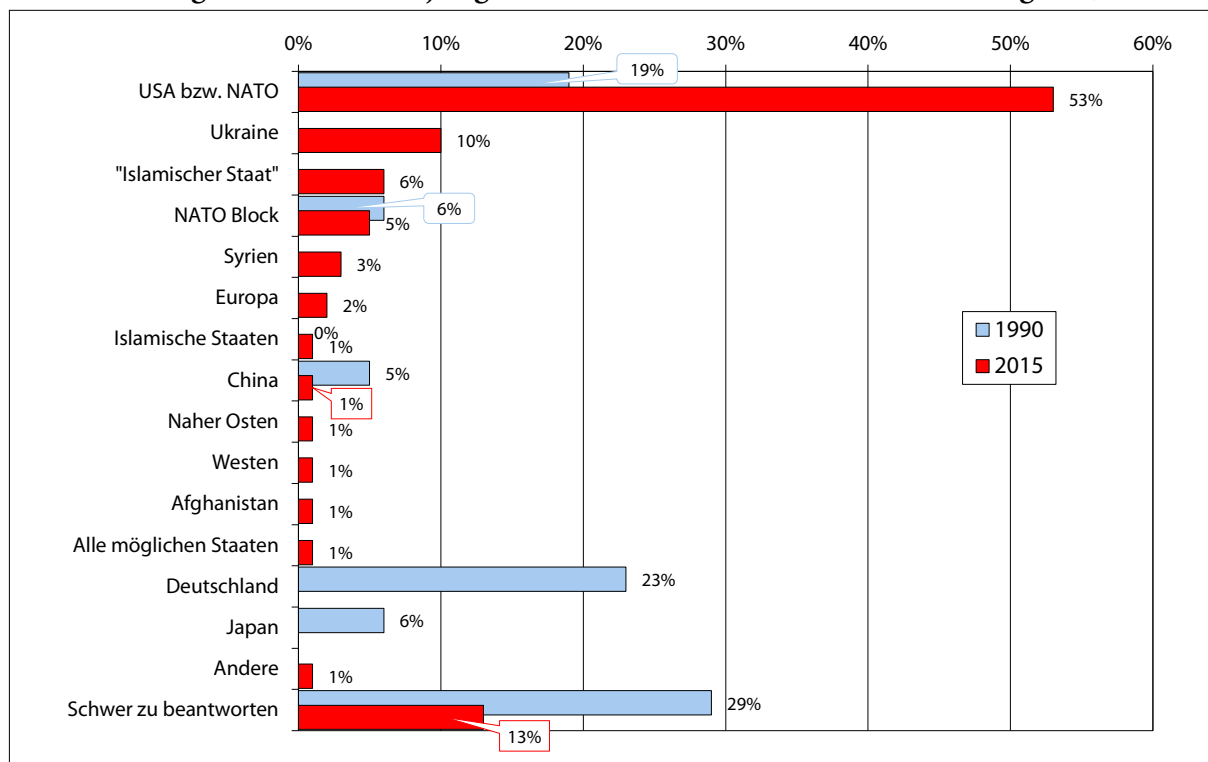
Russen über Militär und Kriegsgefahr

Grafik 3: Existiert derzeit die Gefahr eines militärischen Angriffs auf Russland vonseiten eines anderen Staats? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



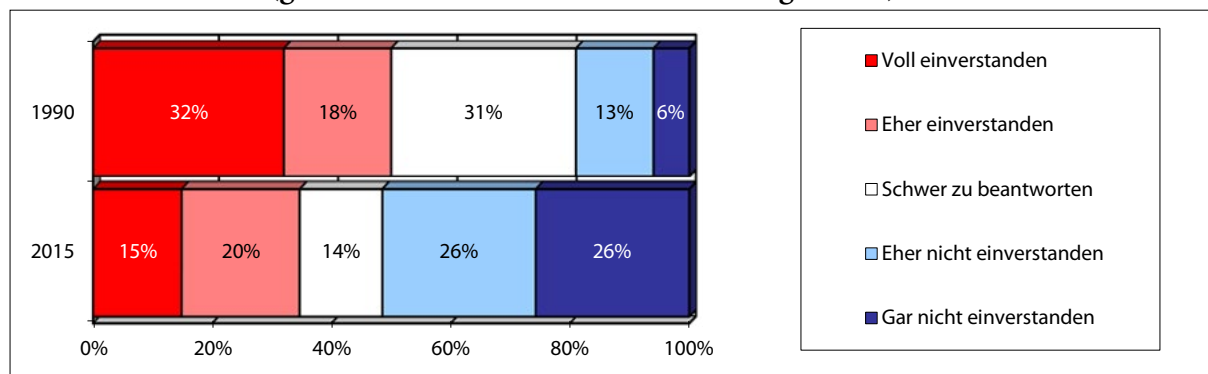
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 10.–11. Oktober 2015; N = 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115431>>, 21. Oktober 2015

Grafik 4: In der Annahme, dass derzeit die Gefahr eines militärischen Angriffs auf Russland besteht, von welchem Staat würde die Gefahr ausgehen? (offene Frage, eine Antwortmöglichkeit, in % derjenigen, die von einer existierenden Gefahr ausgehen)



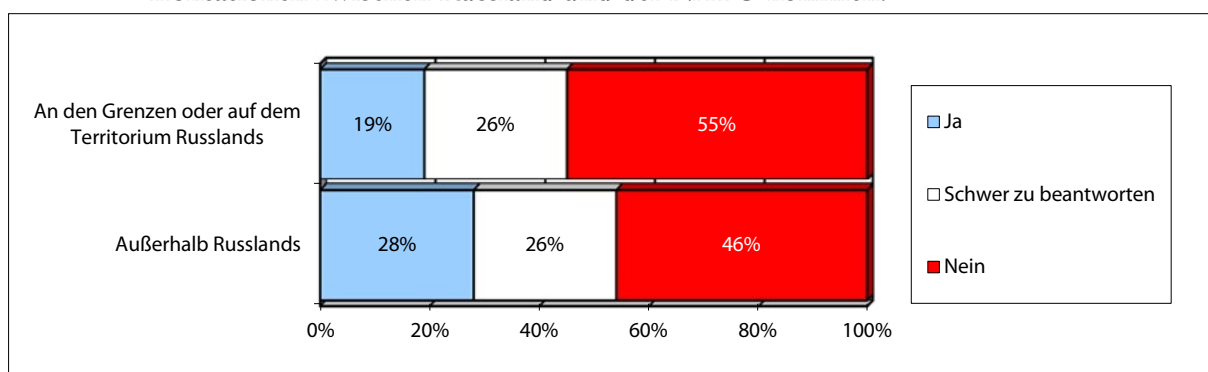
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 10.–11. Oktober 2015; N = 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115431>>, 21. Oktober 2015

Grafik 5: Sind Sie einverstanden mit der Aussage, die Verteidigungsausgaben Russlands seien zu hoch? (geschlossene Antwort, eine Antwortmöglichkeit)



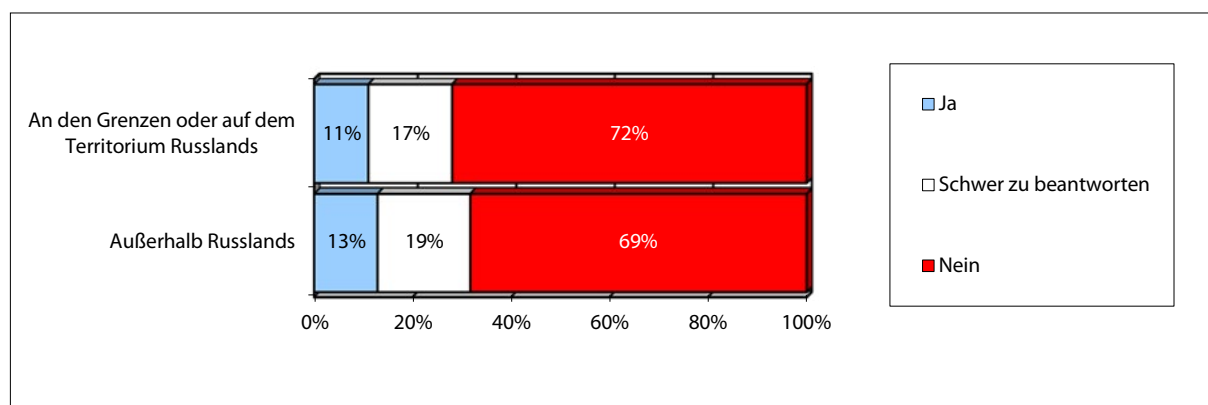
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 10.–11. Oktober 2015; N = 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115431>>, 21. Oktober 2015

Grafik 6: Was denken Sie, könnte es in den nächsten 10 Jahren zu größeren militärischen Konfrontationen zwischen Russland und der NATO kommen?



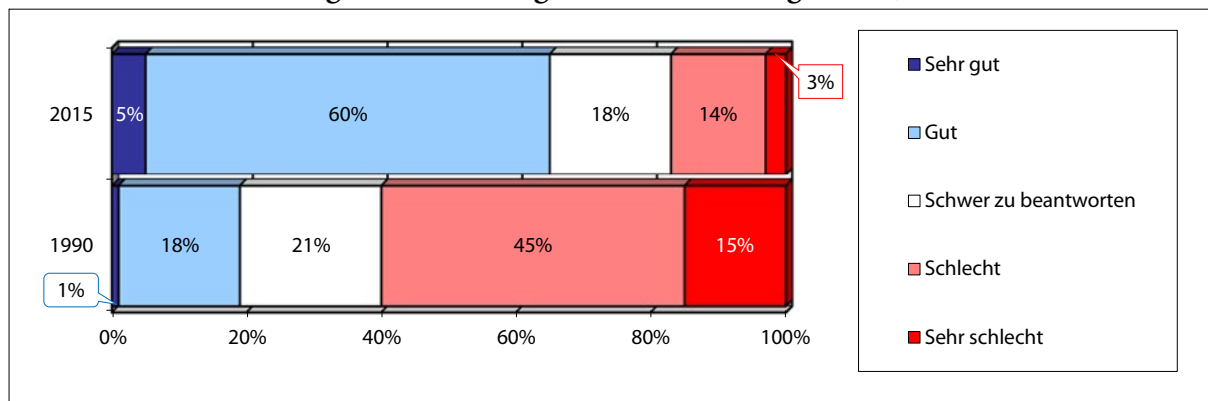
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 13.–16. November 2015; N = 800; <<http://www.lewada.ru/2015/11/21/vozmozhnost-voennyh-stolknovenij-rossii-s-nato-i-kitaem-vospriyatie-stran-es/>>, 23. November 2015

Grafik 7: Was denken Sie, könnte es in den nächsten 10 Jahren zu größeren militärische Konfrontationen zwischen Russland und China kommen?



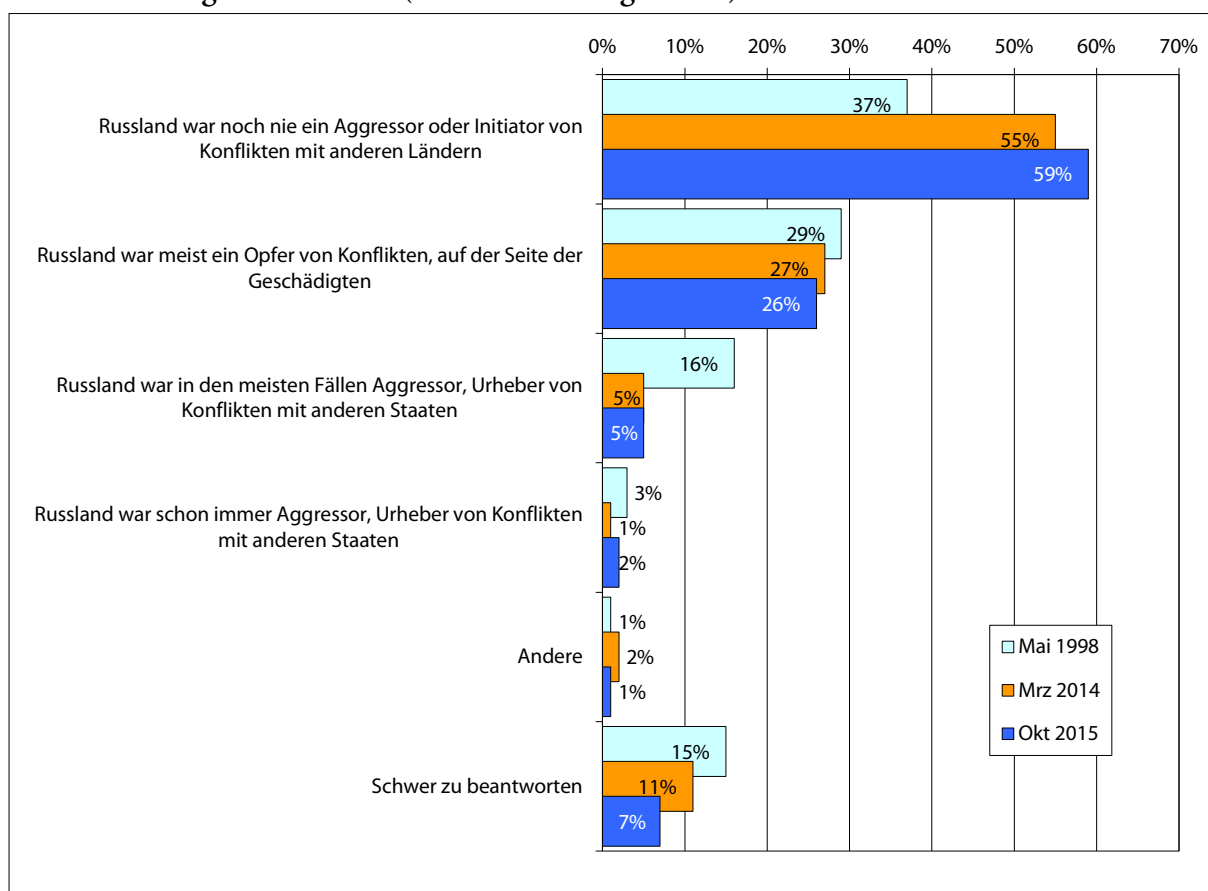
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 13.–16. November 2015; N = 800; <<http://www.lewada.ru/2015/11/21/vozmozhnost-voennyh-stolknovenij-rossii-s-nato-i-kitaem-vospriyatie-stran-es/>>, 23. November 2015

Grafik 8: Wie sind, Ihrer Meinung nach, die Lebensbedingungen für Soldaten der russischen Streitkräfte? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



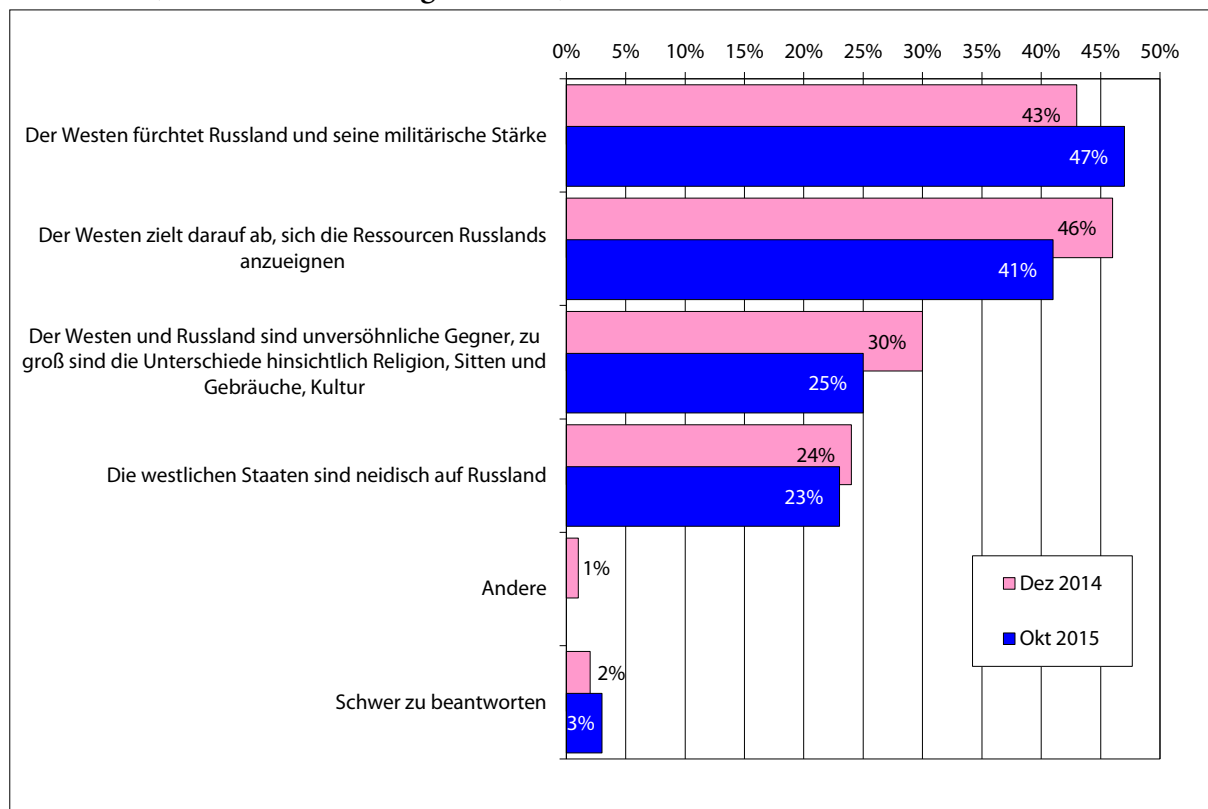
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 10.–11. Oktober 2015; N = 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115443>>, 28. Oktober 2015

Grafik 9: Wie wir wissen, ist Russland in jüngster Vergangenheit in Konflikt mit einer Reihe von Staaten geraten. Welche der folgenden Begründungen kommt Ihrer eigenen Meinung am nächsten? (eine Antwortmöglichkeit)



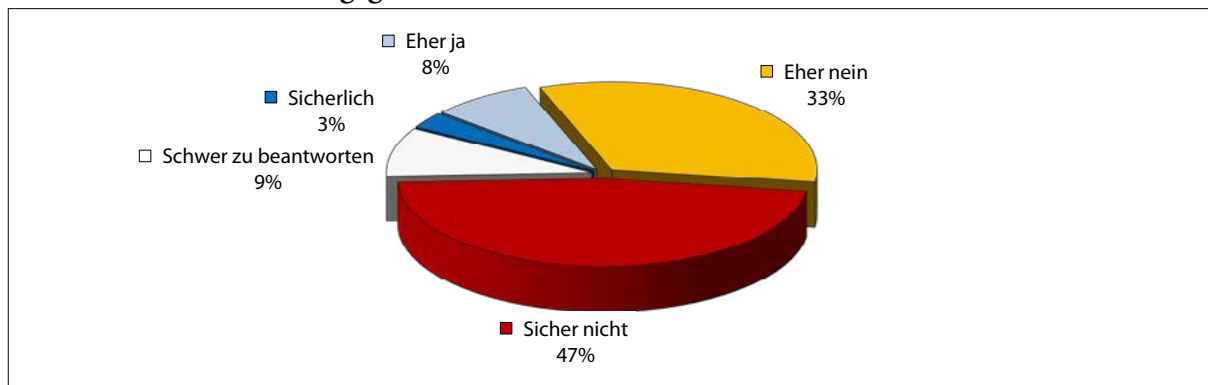
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 23.–26. Oktober 2015; N = 1600; <<http://www.lewada.ru/2015/11/02/reaktsiya-zapada-na-politiku-rossii-kritika-vrazhdebnoy-sanktsii/>>, 3. November 2015

Grafik 10: Was denken Sie, warum ist die Politik des Westens gegenüber Russland so feindselig? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



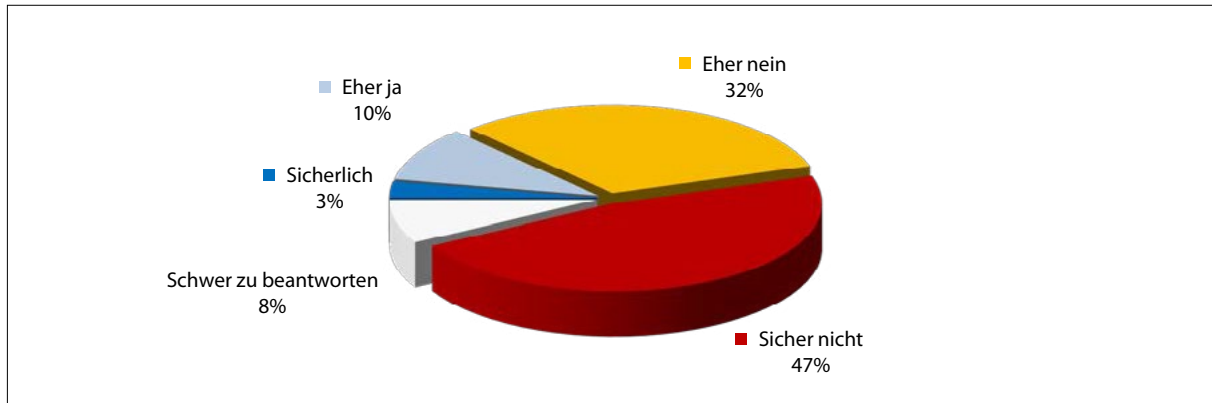
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 23.–26. Oktober 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/11/02/reaktsiya-zapada-na-politiku-rossii-kritika-vrazhdebnoy-sanktsii/>>, 3. November 2015

Grafik 11: Teilen Sie die Auffassung der Mehrheit der westlichen Bevölkerungen und der Ukraine, die meinen, dass Russland sämtliche Nachkriegsabkommen, Vereinbarungen der post-sowjetischen Zeit sowie das Völkerrecht verletzt hat, indem es die Krim an sein Territorium angegliedert hat?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 13.–16. November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/11/23/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-krymnash/>>, 23. November 2015

Grafik 12: Was denken Sie, trägt Russland eine Verantwortung für das Blutvergießen und den Tod von Menschen in der Ostukraine?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 13.–16. November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/11/23/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-krymnash/>>, 23. November 2015

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Der türkisch-russische Konflikt

Am 24. November 2015 ist ein russischer Bomber vom Typ Su-24 von türkischen F-16 Abfangjägern im türkisch-syrischen Grenzgebiet abgeschossen worden. Ein Pilot wurde getötet. Laut offizieller Erklärung des türkischen Militärs sei das russische Kampfflugzeug in den türkischen Luftraum eingedrungen und dann nach wiederholten Warnungen abgeschossen worden. Das russische Militär hingegen streitet dies ab. Präsident Wladimir Putin bezeichnete den Vorfall als »Dolchstoß in den Rücken, der von Helfershelfern der Terroristen verübt wurde«, verlangte von der türkischen Regierung eine Entschuldigung und drohte mit wirtschaftlichen Sanktionen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan forderte zunächst selbst Entschuldigungen vom Kreml für die Verletzung des türkischen Luftraums, drückte aber einige Tage später sein Bedauern über den Abschuss des Flugzeugs aus. Die kargen Worte Erdoğan konnten Putin jedoch nicht zufriedenstellen. Wenige Tage nach dem Abschuss unterschrieb er den Erlass »Über Maßnahmen zur Wahrung der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation und zum Schutz der Bürger der Russischen Föderation vor kriminellen und sonstigen gesetzeswidrigen Aktivitäten sowie über die Ergreifung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen gegen die Türkei«. Die Sanktionen reichen von einem Importverbot türkischer Waren bis zu Beschränkungen für türkische Unternehmen und die Beschäftigung türkischer Angestellter und Arbeiter in Russland. Auch soll die Visafreiheit zwischen beiden Ländern ab dem 1. Januar 2016 eingestellt werden. Russische Reiseagenturen dürfen darüber hinaus keine Türkeireisen mehr anbieten. Bereits vor der Veröffentlichung des Erlasses hatten einige Bürger der Türkei den Ärger Putins persönlich zu spüren bekommen. 39 türkische Geschäftsmänner wurden während einer Landwirtschaftsmesse im südrussischen Krasnodar angeblich wegen Verletzung der Migrationsregeln von der Polizei festgenommen und in die Türkei abgeschoben. Gerüchten in sozialen Netzwerken zufolge seien einige türkische Studenten aus einer Fachhochschule in Woronesch exmatrikuliert worden. Präsident Erdoğan empfahl seinen Bürgern, vorläufig auf Reisen nach Russland zu verzichten.

Inwieweit die Eskalationsspirale zwischen dem türkischen und russischen Machthaber sich weiter entwickeln wird und wie ein Ausweg aus der zu erwartenden Krise zwischen Ankara und Moskau aussehen kann, wird im russischen Netz heftig diskutiert. Der kremlnahe Journalist Sergej Shurawl'jow sowie der Politologe Sergej Markow schieben der Türkei die Schuld zu und drohen Erdoğan mit noch schärferen Konsequenzen. Der Menschenrechtler Pawel Tschikow und der Oppositionelle Alexej Nawalnyj warnen vor einer gefährlichen Entwicklung, da sowohl mit Putin als auch mit Erdoğan Hardliner an der Macht seien. Der Oppositionelle Sergej Dawidis fragt sich, warum Russland immer wie-

der als Folge eines Konflikts eine teilweise verdeckte Sanktionspolitik betreibt. Der Publizist Wiktor Schenderowitsch schildert anhand der »Technologie der Katastrophe«, wie sich Kriege aus kleinen Zwischenfällen entwickeln können.

Shurawljow: Die Familie Erdoğan bereichert sich durch illegale Erdölgeschäfte mit dem »IS«

»[...] Die Position der Türkei hat bereits seit langem bestimmte Fragen aufgeworfen. Einerseits trat sie als NATO-Verbündete der westlichen Länder scheinbar gegen den »IS« auf. Andererseits gibt es bereits seit langem Berichte, in denen die türkische Regierung und Erdoğan persönlich beschuldigt werden, den internationalen Terrorismus zu unterstützen und mit dem Verkauf von Öl, das sie vom »IS« erhalten, Geld zu verdienen. Zunächst kämpften westliche Länder in Syrien gegen den »IS«, ohne das Öl der Islamisten anzurühren. Dann hat sich Russland eingemischt und bei der Unterstützung Assads von Terroristen besetzte Bohrtürme bombardiert, da Russland klar wurde, dass man den Terroristen den ökonomischen Nährboden entziehen muss.

Nach dem Eingreifen Russlands war die türkische Regierung selbstverständlich unzufrieden. Durch den Ankauf von »schwarzem« Öl vom »IS« zu Billigpreisen und den Weiterverkauf zu Marktpreisen, hat sich vor allem die Familie von Präsident Erdoğan bereichert. Erdogans Sohn Bilal ist bekanntermaßen eine wichtige Figur in der türkischen Ölindustrie. Mehr als einmal ist er ertappt worden, Kontakte zu Anführern der Terroristen zu unterhalten – es gelangten sogar Fotos in die Medien, auf denen er mit ihnen in inniger Umarmung zu sehen ist. Sobald die ersten Öl-Laster, die in Richtung Türkei unterwegs waren, in Flammen aufgingen, begann Erdoğan mit seinen Protesterklärungen [...].

Erdoğan scheint nicht verstanden zu haben, dass ein abgeschossenes russisches Flugzeug in erster Linie der Türkei selbst schaden würde. Diese äußerst dreiste Provokation gegen die russischen WKS [die Luft- und Weltraumstreitkräfte Russlands] dürfte zu einer Abkühlung der Beziehungen zu gerade jenem Land führen, aus dem ein Riesenstrom von Touristen kommt und mit dem ein reger Handelsverkehr besteht, was nun gekappt werden könnte. Darüber hinaus hat sich Zypern mehrmals an Russland mit der Bitte gewandt, auf der zur Hälfte durch die Türkei besetzten Insel eine Militärbasis zu errichten. Somit könnte der Türkei das Leben nicht nur leicht, sondern sehr leicht schwer gemacht werden [...].«

Sergej Shurawljow am 24. November 2015 auf Echo Moskwy; <<http://echo.msk.ru/blog/blackspot/1664604-echo/>>

Markow: Erdoğan soll sich entschuldigen

»[...] Der Angriff auf das russische Flugzeug erfolgte nicht zufällig und entsprang der Psychologie Erdogans. Eben erst hatte er die Parlamentswahlen gewonnen. Dazu hat er eigens den Frieden mit den Kurden zerstört und einen Krieg gegen sie begonnen – und das im Grunde nur, um sich die Mehrheit im Parlament zu sichern. Er hat Spaß am Bombardieren gefunden und den Sinn für die Realität verloren. Jetzt erklärt er, er wolle keine Eskalation des Konflikts.

Auch Russland will keine Eskalation, aber den heimtückischen Mord an unserem Piloten kann Russland gleichwohl nicht verzeihen. Erdoğan muss das verstehen. Er hat die Chance, sich zu entschuldigen. Hierzu muss die Türkei eingestehen, das russische Flugzeug über syrischem Hoheitsgebiet abgeschossen zu haben. Erdoğan soll sich bei der Familie des russischen Piloten entschuldigen und ihr lebenslang eine riesige Hinterbliebenenrente zahlen. Er muss zudem den Befehl erteilen, die militärische Unterstützung der IS-Terroristen einzustellen, und er muss all diejenigen vor Gericht bringen, die den Angriff auf das russische Flugzeug organisiert haben.

Falls diese Bedingungen erfüllt werden, wäre Russland womöglich befriedigt. Sollte Erdoğan jedoch auf das Recht der türkischen Militärs bestehen, jeden russischen Bürger töten zu können, wann immer sie das wollen und wo immer sie das wollen, so muss Russland seine Position hinsichtlich aller für Erdoğan sensiblen Fragen drastisch ändern.

Die Antwort Russlands muss asymmetrisch sein. Es muss der empfindlichste Nerv Erdogans getroffen werden, wobei vor allem negative Folgen für die Bevölkerung Russlands und nach Möglichkeit für die Bevölkerung der Türkei verhindert werden sollten. Vorrangig sollte diese Antwort in einer veränderten Haltung Russlands zu den kurdischen Rebellen und ihrem Kampf gegen die Türkei bestehen. Bereits geringe Anstrengungen Russlands in dieser Richtung können das Regime Erdoğan gefährden, und werden aller Wahrscheinlichkeit nach zu seinem Sturz führen.

Vor allem aber brauchen wir keine antitürkische Hysterie. Weder Russland noch die Türkei als Staat haben ein Interesse daran, in einen gegenseitigen Konflikt hineingezogen zu werden. Russland und die Türkei gegeneinander aufzuhetzen, nützt nur unseren strategischen Gegnern [...].«

Sergej Markow am 26. November 2015 auf izvestia.ru; <<http://izvestia.ru/news/597265#ixzz3sslwaRyH>>

Tschikow: Fast hundertprozentige Eskalation

»Konfliktherde in den russisch-türkischen Beziehungen, bei denen eine Eskalation zu erwarten ist:

1. Die Unterstützung der Krimtataren durch die Türkei, Reaktion auf den Druck Russlands auf sie.

2. Russische Anerkennung des Völkermords an den Armeniern.
3. Unterstützung der Türkei durch Aserbaidschan, also das Problem von Bergkarabach.
4. Russische Unterstützung für die Kurden und ihre Autonomie.
5. Russische Unterstützung für al-Assad im Kampf gegen die säkulare Opposition, also die Freie Syrische Armee [FSA]. Unterstützung der FSA durch die Türkei.
6. Die Türkei hat vielen Tschetschenen Asyl gewährt, die gegen die russische Armee gekämpft und nach dem zweiten tschetschenischen Feldzug Russland verlassen haben. Nun kann die Türkei erneut zum Unterschlupf für viele Muslime werden, die in Russland verfolgt werden, auch für die radikalen.

In Anbetracht der Persönlichkeiten beider Präsidenten strebt die Möglichkeit zur weiteren Eskalation gen 100%.«
Pavel Tschikow am 25. November 2015 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/pchikov/posts/1015010185239092>>

Dawidis: Verdeckte Sanktionen gegen die Türkei

»Im Zusammenhang mit den Gegenmaßnahmen gegen die Türkei hat sich der Verfall aller Institutionen der russischen Staatsmacht wieder einmal in einer besonders konzentrierten Form gezeigt.

Ob Sanktionen notwendig sind oder nicht, will ich hier nicht erörtern. Wenn aber die Regierung beschlossen hat, dass sie notwendig sind, dann soll sie es sagen: Als Antwort auf die türkische Aggression machen wir dies und jenes.

Es wird zum Teil auch so gemacht, teils aber auch nicht. 39 türkische Geschäftsleute haben bislang nicht gegen die Migrationsvorschriften verstoßen, jetzt aber schon; früher gab es im türkischen Geflügel keine Listerien, jetzt aber schon; früher war es ungefährlich, Visumsfreiheit mit der Türkei zu unterhalten, jetzt ist das aber eine Quelle des Terrorismus, usw.

Als ob all die Organe und ihre Sprecher nicht verstehen, dass sie dadurch entweder demonstrativ und pathologisch lügen (wenn es in Wirklichkeit keinen Schaden oder keine Verstöße gegen die Vorschriften gegeben hat) oder völlige Sinnlosigkeit und fehlende Effektivität demonstrieren (wenn diese Bedrohungen und Verstöße auch früher schon bestanden) demonstrieren. Wobei Sinnlosigkeit und fehlende Effektivität offensichtlich auch im ersten Fall gegeben sind, wenn nämlich klar ist, dass ihre drohenden Worte gar nichts bedeuten, und dass sie sich nicht um die Sachen kümmern um die sie sich im Rahmen ihres Postens kümmern sollten, sondern um etwas ganz anderes.

Als ob man sich nach dem verlogenen Chef der Gesundheits- und Lebensmittelaufsicht Onischtschenko daran hätte gewöhnen sollen, aber dennoch ist es jedes Mal erstaunlich. Warum bloß?«

Sergej Dawidis am 27. November 2015 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/sergei.dawidis/posts/1005677206154674>>

Nawalnyj: Wie wegen der beiden PR-Präsidenten Flugzeuge abgeschossen werden

»Erdogan und Putin – das sind doch Zwillingenbrüder. Beide reden allen möglichen außenpolitischen Unfug, um die Bevölkerung von den Problemen im Inland abzulenken. Beide nutzen imperiale Ambitionen und imperiale Rhetorik zur Stärkung ihrer persönlichen Macht und zur persönlichen Bereicherung. Beiden sind soziale Netzwerke und freie Massenmedien verhasst. Beide haben den Westen zum Hauptfeind erklärt und berufen sich auf traditionelle Werte, und sind dabei völlig amoralische Typen.

Beide sind Lügner und PR-Menschen. Das Schrecklichste in der Situation mit dem abgeschossenen Flugzeug (insbesondere da der Pilot tatsächlich gestorben ist) liegt darin, dass dies ein Opfer eines sinnlosen PR-Krieges ist. Putin führt eine »Operation in Syrien«, die nicht die geringste militärische Bedeutung für den Krieg gegen den »IS« hat (die Amerikaner haben erheblich mehr Luftangriffe durchgeführt, ebenfalls ohne Erfolg), und die nur dazu gebraucht wird, um die Bürger mit schwammigen Videos von Explosionen in irgendwelchen Schuppen und mit Geschichten von Politarbeitern darüber, dass »34 Kommandostellen des »IS« und ein Ausbildungslager für Dschihadisten liquidiert wurden«, für dumm zu verkaufen. Reine Erfindung, es ist nichts dahinter. [...]

Auch Erdogan muss vor seinen türkischen professionellen Wehklägern, die eine Großtürkei und die Wiedergeburt des Osmanischen Reichs fordern, wichtig tun. Daher rühren seine Drohungen, dass man Flugzeuge, die den Luftraum der Türkei verletzen, abschießen muss. [...]

Dabei ist sowohl Erdogan als auch dem türkischen Militär völlig klar, dass Russland de facto Mitglied des Anti-IS-Bündnisses ist, dass ein Flugzeug keine Bedrohung für die Türkei darstellt und ein Abschuss des Flugzeugs weder militärisch noch menschlich Sinn ergibt. Man durfte dieses Flugzeug nicht abschießen. Das alles ist nur für die »Wichtigtuerei« gut, und für die »Arbeit mit der Informationsagenda«.

Schließlich sind am Ende beide zufrieden: Der eine wird über den Sieg der türkischen Waffen und die Wiedergeburt des Osmanischen Reichs reden, der andere über eine rasche asymmetrische Antwort und Furcht vor der (durch den Westen unterjochte) Türkei sowie die Wiedergeburt des Russischen Reiches.

Beide werden 37 Mal das Wort »Souveränität« wiederholen, beide werden auf einen geheimen Verbündeten des »IS« anspielen.

Nur um den Piloten tut es einem schrecklich leid. Wozu ist er gefallen?«
Aleksej Nawalnyj am 24. November 2015 auf navalny.ru; <<https://navalny.com/p/4560/>>

Schenderowitsch: Technologie der Katastrophe

»Weltkriege fangen übrigens genauso so an. Aus persönlichen Ambitionen, gelungenen – so scheint es ihren Autoren – taktischen Improvisationen, großen geopolitischen Phantasien... Sie beginnen in Winter- und Sommerresidenzen, bei gutem Essen, mit Geschmack. Das alles ist sehr spannend und erinnert an ein Casino, wo jeder davon überzeugt ist, klüger als die anderen zu sein und auch das Glück auf seiner Seite zu haben!

Die Fortune reicht aber nicht für alle; die Ambitionen zerbrechen an anderen Ambitionen, wer aber »a« gesagt hat, muss nun auch »b« sagen...

Dann wird das erste Blut vergossen. Dann das zweite und das dritte. Die Regierungen stützen sich, um nicht vom eigenen Volk gefressen zu werden, mit all ihrer massigen staatlichen Fülle auf Patriotismus (der in dem Schüren von Hass gegen andere Völker endet). Die Propaganda geht durch die Decke, bis zur Detonation; das Blut, in seinem Übermaß, beginnt überzulaufen und in Strömen zu fließen. Taktische Überlegungen und politische Hintergründe geraten in Vergessenheit, und im Herz ist nun echte Asche; und der gegenseitige, schon durch das vergossene Blut gerechtfertigte Völkerhass steigt aus finsterner Tiefe auf wie eine Tsunamiwelle ...

Und nun, der Herbst Fünfzehn (gemeint ist selbstverständlich NEUNZEHNHUNDERTfünfzehn)– es erinnert sich keiner an einen gewissen Erzherzog Franz Ferdinand und daran, wo dieses Sarajewo liegt –, das kratzt wohl niemanden mehr, es ist einem nicht danach! Das von Granaten zerpflegte Europa, die Fronten, gegenseitige patriotische Hysterie, überfüllte Gräber und Spitäler, totale Mobilmachung, Senfgas, und so weiter [...]«

Wiktor Schenderowitsch am 28. November 2015 auf [Jeshednewnyj Shurnal](http://www.ej.ru/?a=note&id=29007); <<http://www.ej.ru/?a=note&id=29007>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
 (Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Russland und die Türkei

Jens Siegert, Moskau

Im russischen (Staats-) Fernsehen wird der türkische Präsident Erdoğan seit dem Abschuss des russischen Su-24-Bombers vorige Woche so richtig fertig gemacht. Der wolle nur seine persönliche Macht ausweiten. Dazu lasse er die Verfassung ändern, manipulierte die Geschichte, unterdrücke die Opposition und höhle die demokratischen Institute aus. Außerdem sei seine Herrschaft nepotistisch und korrupt. Der Nachrichtenkanal »Rossija-24« zitiert zum Beleg gar »Freedom House«, eine jener US-amerikanischen Organisationen, die der Föderationsrat möglichst schnell für »unerwünscht« in Russland erklären möchte. Demnach liegt die Türkei im Freedom-House-Pressefreiheits-Index erst auf Platz 120 in der Welt (immerhin noch mit der Bewertung »teilweise frei«; <<https://www.freedomhouse.org/sites/default/files/Global%20and%20regional%20tab>

[les.pdf](#)>). Freilich verschweigt »Rossija-24«, dass Russland im gleichen Index nur auf Platz 176 kommt (Bewertung: »unfrei«).

Mit atemberaubender Geschwindigkeit ist die Türkei in der russischen Propaganda von einem »wichtigen Partner« zu einem der Hauptfeinde des Landes mutiert (worden). Hier, um nur einen Eindruck davon zu geben, eine schnelle, kleine (und unvollständige) Aufzählung, was alles innerhalb weniger Tage passierte: Charterflüge zwischen der Türkei und Russland sind verboten. Ab dem 1. Januar 2016 brauchen türkische Bürger wieder ein Visum, um nach Russland einreisen zu dürfen (die Visumspflicht war 2011 auf beiden Seiten abgeschafft worden, was freilich vor allem jährlich 4,5 Millionen russischen Touristen, die in die Türkei reisten, zugutekam). Russische Reisebüros dürfen keine (Urlaubs-)Rei-

sen mehr in die Türkei anbieten. Nur vier Tage nach dem Abschuss dekretierte Wladimir Putin per Ukas ein Embargo für türkische Importwaren. Schon Anfang dieser Woche hatte die Regierung Tomaten, Weintrauben, Apfelsinen und zahlreiche andere Lebensmittel auf den Index gesetzt (wenn auch erst ab Januar, um nicht Unmut über teures oder fehlendes Obst und Gemüse zu den Feiertagen hervorzurufen).

Türkische Firmen bekommen keine Aufträge aus Russland mehr, türkische Arbeitnehmer keine Arbeitserlaubnis. Sportminister Witalij Mutko, in Personalunion Präsident des russischen Fußballverbands, untersagte russischen Clubs, Verträge mit türkischen Spielern abzuschließen. Zahlreiche russische Universitäten lösten binnen einer Woche Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit türkischen Hochschulen auf. Gemeinsame Forschungsvorhaben wurden von russischer Seite weitgehend ausgesetzt.

Hinzu kommt eine große Zahl eher symbolischer Schritte, manche vom Staat angeordnet, manche aus Überzeugung, manche in vorausseilendem Gehorsam, manche aber auch aus Angst. Die Staatsduma berät bald darüber, die Leugnung des türkischen Völkermords an Armeniern 1915 als Straftat zu ahnden. Die Moskauer Allrussische Bibliothek für Ausländische Literatur schloss ihr Russisch-Türkisches Wissenschafts- und Kulturzentrum und erklärte, türkische Bücher und Filme seien nicht mehr verfügbar. Ein berühmter Chorleiter namens Michail Turezkij (das Adjektiv »turezkij« bedeutet auf Russisch »türkisch«) beeilte sich, öffentlich zu versichern, sein Name habe nichts mit der Türkei zu tun (hat er tatsächlich nicht), und überhaupt denke er schon lange darüber nach, ihn zu ändern. Ein Dumaabgeordneter schlägt gar vor, von der Türkei die Rückgabe der Hagia Sofia an die orthodoxe Kirche zu fordern. Der Schein-Oppositionelle Wladimir Schirinowskij drohte in der Parlamentsdebatte mit einem Atombombeneinsatz am Bosphorus, um durch den damit ausgelösten Tsunami Istanbul zu versenken. Die Liste ließe sich fortsetzen, vor allem wird sie mit jedem Tag länger.

Immerhin scheint ein vollständiger Abbruch der Beziehungen zur Türkei (wie seit 2008 mit Georgien) nicht geplant zu sein. Niemand hat bisher ernsthaft die diplomatischen Beziehungen in Frage gestellt (allerdings meidet Präsident Putin den türkischen Präsidenten, kam in Paris beim Klimagipfel demonstrativ zum Staatschef-Gruppenfoto zu spät und lässt sich am Telefon verleugnen). Der Bau eines Atomkraftwerks durch den russischen Staatskonzern Rosatom an der türkischen Mittelmeerküste wird durch die Sanktionen auch nicht berührt. Der erst im Januar vereinbarte Bau einer weiteren Gaspipeline durch das Schwarze Meer in die Türkei könnte dagegen scheitern, bevor er begonnen wurde.

Der sogenannte Turkish-Stream ist aber ohnehin ein vor allem politisches Projekt (zur Umgehung der Ukraine beim Export von Gas nach Europa). Wirtschaftlich macht er für Russland wenig Sinn.

Erstaunlich dabei ist bei all dieser Hyperaktivität aber nicht so sehr, dass nun die Türkei zu einer Art Feind Nr. 1 aufgebauscht wird. Erstaunlich ist vielmehr, wie schnell, wie radikal und wie widerstandslos das Ganze vor sich geht. Zwar gab es Ähnliches schon vorher, z. B. 2006 mit Georgien oder im vorigen Jahr mit der Ukraine, aber damals brauchten Staat und Volk einige Zeit, um (überhaupt) auf Touren zu kommen. Im Herbst 2006, als im ganzen Land Polizisten Jagd auf georgische Staatsbürger und russische Staatsbürger georgischer Herkunft machten, um sie abzuschieben, war die Zustimmung dazu in der Bevölkerung eher verhalten. Selbst nach dem Kurzkrieg im August 2008 beruhigte sich die Stimmung recht schnell wieder.

Vor einem Jahr, nach der Besetzung der Krim und dem Beginn des Kriegs in der Ostukraine, ging es dann schon schneller. Aber auch hier brauchte die Propaganda noch einige Zeit, um das Land auf ausreichende Hass-Temperatur zu bringen, obwohl die Propagandisten auf intensive Vorarbeiten 2006 nach der sogenannten »Orangen Revolution« und beim Gasstreit 2009 zurückgreifen konnten. Und kaum lässt sie ein wenig nach, wie seit dem Sommer, zeigt sich das mit kleiner Verzögerung in Meinungsumfragen, und das Verhältnis zur Ukraine und den Ukrainern entspannt sich (zumindest etwas). Beide Kampagnen, das zeigt auch die schnelle Beruhigung, hatten eher etwas Rituelles, weil man das eben so macht, wenn man im Krieg ist. Der in ihnen öffentlich dargestellte Hass auf diese beiden Nachbarländer ist aber nicht tief im russischen Gefühlshaushalt verankert, seinem Auftreten haftet etwas Unwirkliches an.

Mit der Türkei scheint das anders zu sein, tiefer zu gehen. Der Ärger oder meinetwegen auch Schmerz über den Abschuss allein reicht jedenfalls als Erklärung für diesen jähen Ausbruch, als ob der Kreml nur einen Schalter umlegen musste, nicht aus. Zumal Putin Erdoğan ähnlich in die Falle gelaufen zu sein scheint, wie 2008 der damalige georgische Präsident Michail Saakaschwili in Putins Falle. Saakaschwili war damals sicher, seine (militärischen) Nadelstiche gegen russische Truppen im völkerrechtlich zu Georgien gehörenden Südossetien würden folgenlos bleiben, weil die USA ihn unterstützen. Doch Russland wartete nur auf einen geeigneten Anlass zum Angriff auf Georgien – der dann auch prompt genutzt wurde.

In Syrien nun fühlten sich anscheinend die Russen zu sicher, die Türkei (immerhin Mitglied der NATO) werde es, unter dem Druck ihrer Verbündeten (also vor allem der USA) nicht wagen, auf die kleineren bis grö-

ßeren russischen Grenzverletzungen ernsthaft zu reagieren. Auch bisher, bei fast schon regelmäßigen riskanten Luftmanövern an NATO-Grenzen in Nordeuropa (vor allem im Baltikum, Großbritannien und Norwegen), bei denen mitunter auch der Luftraum von NATO-Ländern verletzt wurde, hatten die NATO-Staaten ja still gehalten. In Moskau ging man offenbar davon aus, die NATO werde, die Türkei zurückhaltend, auch in Syrien das Risiko einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland nicht eingehen. Das war in Bezug auf die Türkei aber ganz offensichtlich ein Fehlschluss. Dabei ist es letztlich unerheblich, ob der Abschuss des russischen Bombers ein türkischer Alleingang war (was mir wahrscheinlich erscheint) oder (egal ob nun explizit oder implizit, und was russische Lesart ist) mit dem Einverständnis der USA geschah (unerheblich für diese Überlegungen ist die Schuldfrage, also ob der russische Bomber nun türkischen Luftraum so verletzt hat, dass ein Abschuss gerechtfertigt war oder eben nicht). Die baltischen Staaten, Norwegen oder Großbritannien haben den Krieg nicht im eigenen Land, ja nicht einmal an ihrer direkten Grenze. Die Türkei schon.

Dieser Fehlschluss erklärt zumindest teilweise die harsche russische Reaktion. Es ist die Reaktion des Rowdys, der sich seiner sicher ist, aber plötzlich Widerstand spürt. Wie das mit der in der russischen Führung vorherrschenden Geisteshaltung (oder besser: Sozialisation) funktioniert, habe ich schon im Juni 2014 in diesen Notizen im Beitrag »Gopniki« beschrieben (<<http://russland.boellblog.org/2014/06/19/gopniki/>> bzw. in den Russland-Analysen 279 <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen279.pdf>>).

Es ist aber auch die Reaktion desjenigen, der sich schon zu sicher als Gewinner (zumindest dieser Partie) fühlte. Insofern gleicht sie der russischen Reaktion auf den ukrainischen Maidan im Winter 2013/14. Wie damals, als der Kreml den seinerzeitigen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch davon abbrachte, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen und sich stattdessen der russisch dominierten Eurasischen Union zuzuwenden, glaubte die russische Führung auch in Syrien, den Westen überrumpelt und bereits am Boden zu haben.

Nach zwei Monaten Bomben auf alle Feinde des Assad-Regimes (von denen nicht wenige Verbündete der Türkei und anderer NATO-Länder sind) war von der Ukraine schon (fast) keine Rede mehr, während Russland im Nahen Osten wieder zu einer Partei geworden zu sein schien, ohne die nichts (mehr) geht. Obama löste die nach der Krim-Annexion verhängte Kontaktsperre und tat das aus russischer Sicht Erstrebenswerteste: Verhandlungen auf »Augenhöhe«, also direkt zwischen Russland und den USA auf Präsidentenebene,

zuletzt wieder diesen Montag am Rande der Weltklimakonferenz in Paris. Wichtiger noch: Er tat das, aus russischer Sicht, nicht freiwillig, sondern weil »wir« ihn dazu gezwungen haben. Gleichzeitig werden, verstärkt noch durch den Pariser Terroranschlag aber auch die enorme Flüchtlingsbewegung aus Syrien nach Zentraleuropa, im Westen jene Stimmen wieder lauter, die fordern, man müsse trotz allem (gemeint ist: trotz und zum Schaden der Ukraine) im Nahen Osten eine Anti-Terrorkoalition mit Russland eingehen.

Das alles erklärt auch, zumindest zu einem Teil, warum sich die russische Reaktion (fast) ausschließlich gegen die Türkei richtet, die USA oder die NATO insgesamt dagegen erstaunlich glimpflich davon kommen. So schmerzhaft der Abschuss des russischen Bombers ist, jetzt die USA oder die NATO ebenso frontal anzugreifen, würde wohl die sich abzeichnenden Bereitschaft, trotz Krim und Donbass erneut mit Russland zusammen zu arbeiten, schnell wieder in Frage stellen. Zudem ist Russland, entgegen aller martialischen Rhetorik bis in höchste Kreise, für eine direkte Konfrontation mit der NATO (als NATO) weder militärisch noch wirtschaftlich bereit. Das weiß selbstverständlich auch die politische Führung.

Der dritte Grund für die Schnelligkeit, mit der die Türkei in der vergangenen Woche zum Feind werden konnte, dürfte ein historischer sein. Geschichtlich gesehen ist die Annäherung der beiden Länder in den vergangenen Jahren eher eine Ausnahme. Zwar war und bleibt in Russland der (zuerst europäische und erst ab der Mitte des 20. Jahrhunderts US-amerikanisch dominierte) Westen Referenzrahmen Nummer eins sowohl für Regierende als auch die Bevölkerung. Aber die Türkei oder besser ihr Vorgänger, das osmanische Reich, gereichen durchaus zum *Erbfeind Nummer Zwei*.

Außer einer kurzen Zeit in den 1920er Jahren nach der kemalistischen Revolution, die von der noch jungen Sowjetunion tatkräftig unterstützt wurde, und dem jetzt jäh zu Ende gegangenen Tauwetter waren die russisch/sowjetisch-osmanisch/türkischen Beziehungen von dauerhafter Rivalität geprägt. Das gilt insbesondere für das 19. Jahrhundert. Egal ob im Kaukasus, in Zentralasien oder auf dem Balkan, überall trafen russische und osmanische Expansion, mal imperial, mal ethnisch, mal religiös gefärbt, aufeinander. Am stärksten blieb in der russischen Erinnerung aber der Krimkrieg haften, bei dem sich *Erbfeind Nr. 1* (der damals noch europäische Westen) und *Erbfeind Nr. 2* (das Osmanische Reich) gegen Russland verbündeten.

Unabhängig von den Quellen für diesen plötzlichen Ausbruch von Türkenhass und Türkenfurcht, zeigt die Entwicklung aber vor allem eines: Wie wenig nachhaltig die russische Außenpolitik ist. Für ein Regime ohne Idee

und folglich auch ohne Ideologie, das aber gleichzeitig auf völlige Selbstständigkeit setzt, ist es offenbar kaum möglich, wirklich haltbare Bündnisse zu schließen.

Wie es scheint, verfängt sich Russland momentan in seinen überambitionierten außenpolitischen Zielen. Das fast schon pathologische Bestehen auf den eigenen Großmachtstatus in einer multipolaren Welt hat das Land zwar tatsächlich erneut zu einem eigenständigen Pol gemacht, aber eben zu einem sehr einsamen und ziemlich schwachen. Jedenfalls zum Schwächsten unter allen, die in der obersten Liga mitspielen (wollen).

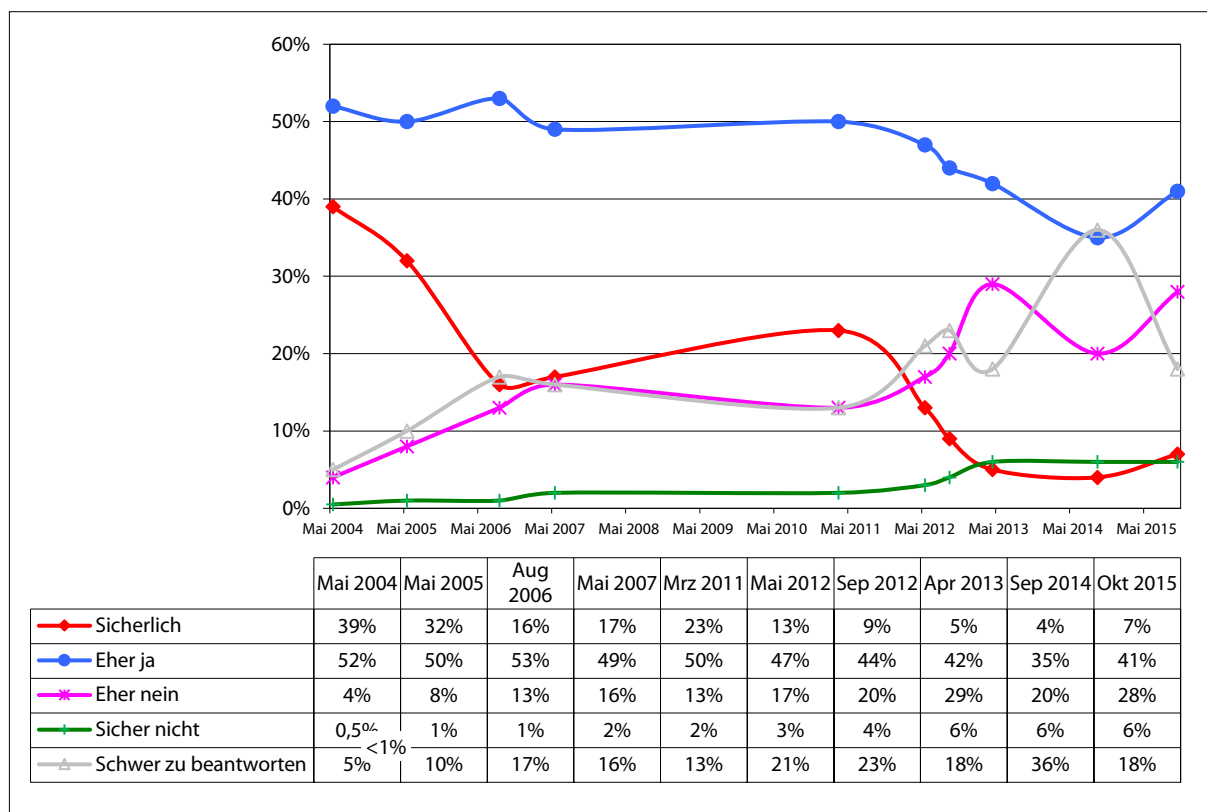
In einer Welt reiner Machtpolitik à la 19. Jahrhundert, wie sie sich die russische politische Klasse momentan zurückphantasiert, kann es keine echten Verbündeten geben, nur zeitweise Alliierte. Das bringt zwar viel Feind und innenpolitische Ehr, hebt das Präsidenten-Rating (und damit die einzige Legitimität zum Verbleib an der Macht), dürfte aber auf Dauer weit mehr Kraft kosten, als das Land (noch) hat.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

UMFRAGE

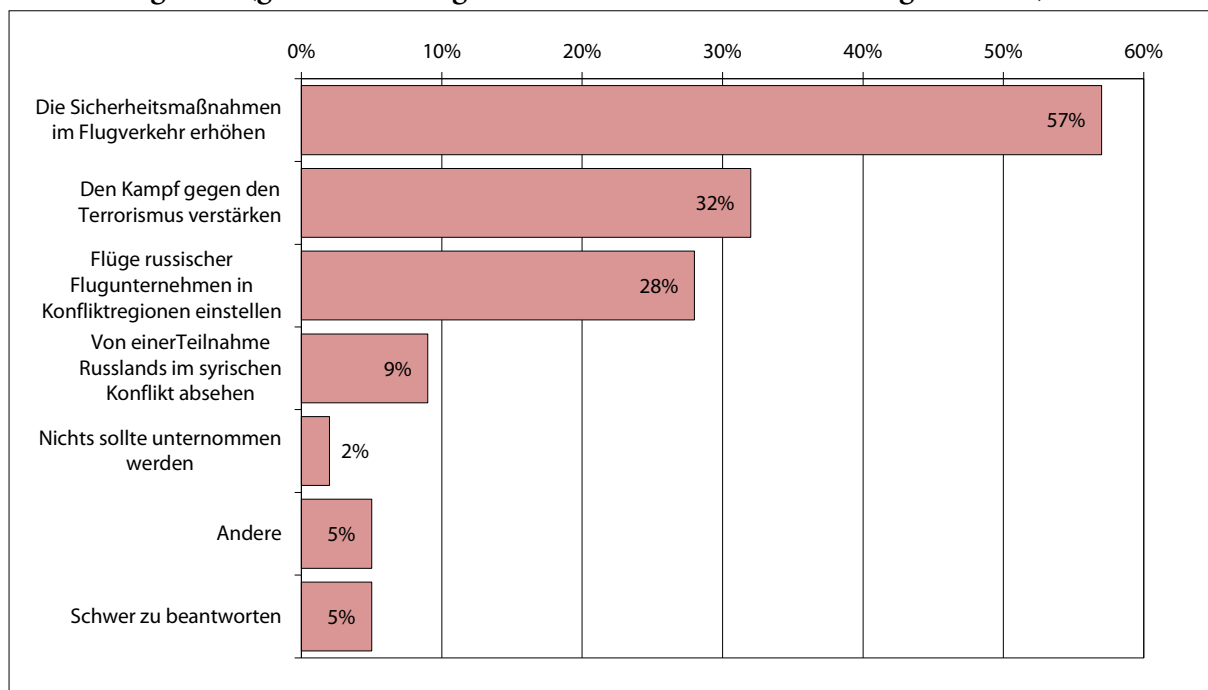
Terrorgefahr und die jüngsten Terroranschläge in russischen Umfragen

Grafik 13: Was denken Sie, könnte es in der nächsten Zeit zu Terroranschlägen oder Geiselnahmen in Russland kommen?



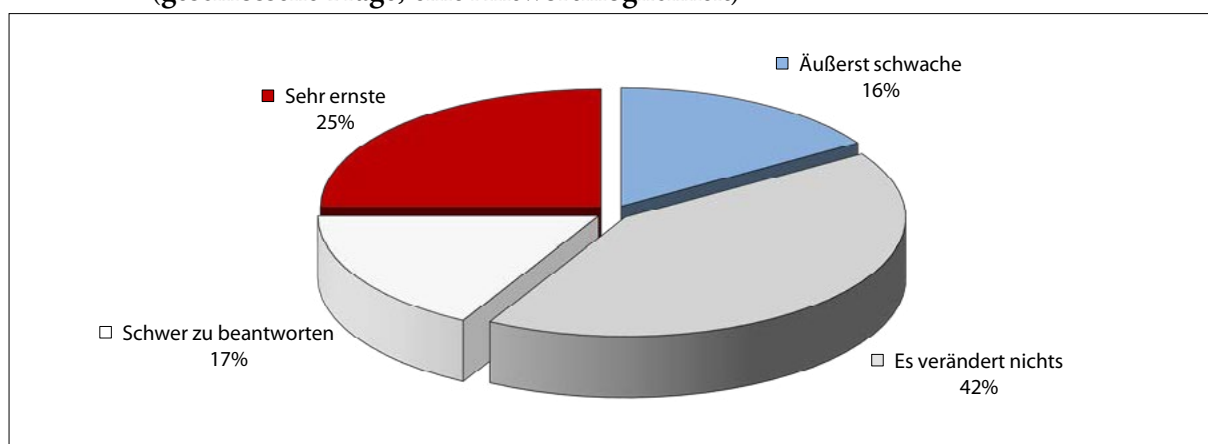
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 23.–26. Oktober 2015; N= 1600; <<http://www.lewada.ru/2015/11/13/terakty/>>, 13. November 2015

Grafik 14: Wie sollte Russland, Ihrer Meinung nach, auf den Flugzeugabsturz in Ägypten reagieren? (geschlossen Frage, nicht mehr als zwei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 7.–8. November 2015; N= 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115458>>, 12. November 2015

Grafik 15: Welche Folgen haben die Anschläge von Paris für Russland Ihrer Meinung nach? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 21.–22. November 2015; N= 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115484>>, 27. November 2015

19. November – 3. Dezember 2015

11.– 19.11.2015	Landesweite Proteste der LKW-Fahrer. Zahlreiche Autobahnen und Verkehrsknotenpunkte werden blockiert, als Reaktion auf die Einführung einer Maut für LKW über 12 Tonnen.
20.11.2015	Der ehemalige Vorsitzende des Verlagshauses »Kommersant«, Demjan Kudrjanzew, kauft die Wedomosti-Anteile von Dow Jones und Pearson und wird somit Haupteigentümer der Zeitung. Er ist außerdem Inhaber der Zeitung »The Moscow Times«.
20.11.2015	Präsident Wladimir Putin leitet als Oberbefehlshaber der Streitkräfte eine Sitzung der militärischen Führung des Verteidigungsministeriums. Es geht um Fortschritte bei den Operationen der russischen Luftstreitkräfte in Syrien.
21.11.2015	Die russische Aufsichtsbehörde »Roskomnadsor« blockiert im Auftrag der Staatsanwaltschaft die Webseite »Arbeitsweg«, die von russischen Fernfahrern für die Koordination von Protesten in ganz Russland genutzt wird.
22.11.2015	Tatarische und ukrainische Aktivisten verüben einen Anschlag auf die Hochspannungsleitungen, die die Krim mit ukrainischem Strom versorgen. Auf dem gesamten Territorium der Halbinsel Krim kommt es zu Stromausfällen. Es wird der Notstand ausgerufen.
22.11.2015	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier nennt in einem Interview als Bedingung für die Rückkehr Russlands in die G8 die Regulierung der Ukraine-Krise sowie gemeinsame Bemühungen mit dem Westen hinsichtlich der Lösung der Syrien-Frage.
22.11.2015	In der Nähe der Stadt Naltschik (Kabardino-Balkarien) töten Mitarbeiter des FSB sowie Spezialeinheiten der Polizei elf mutmaßliche terroristische Kämpfer. Die Kämpfer sollen Anhänger der in Russland verbotenen Terrormiliz »IS« gewesen sein.
23.11.2015	Die Ukraine stellt vorübergehend den Güterverkehr (Land und Schiene) mit der Halbinsel Krim ein. Aktivisten hatten schon in den Monaten zuvor von der ukrainischen Seite aus die Warenbelieferung der Krim blockiert.
23.11.2015	Wirtschaftsminister Aleksej Uljukajew teilt mit, dass die Rezession der russischen Wirtschaft beendet sei. Die Inflationsrate verlangsamt sich zusehends und würde Ende des Jahres bei 12–14 % liegen. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts liege in der Bilanz des Jahres 2015 bei 3,7 %.
23.11.2015	Die Organisatoren der »Energieblockade« der Krim nennen als Bedingung dafür, dass sie Mitarbeitern des ukrainischen Elektrizitäts-Unternehmens »Ukrenergo« den Zugang zu den Hochspannungsleitungen ermöglichen, die Erfüllung einer Reihe von politischen Forderungen, unter anderem die Freilassung von festgenommenen Aktivisten.
23.11.2015	Präsident Wladimir Putin nimmt am Gipfeltreffen der gasexportierenden Staaten in Teheran teil. Er trifft am Rande der Veranstaltung mit einer Reihe von Staats- und Regierungschefs zusammen. Außerdem wird er vom obersten iranischen Religionsführer Ali Chamene'i empfangen, dem er als Gastgeschenk eine wertvolle alte Koran-Ausgabe überreicht.
24.11.2015	Verteidigungsminister Sergej Schoigu gibt bekannt, dass die Beteiligten am Terroranschlag auf den russischen Airbus 321, der über der ägyptischen Sinai-Halbinsel abgestürzt war, identifiziert seien. Es handele sich dabei um die terroristische Vereinigung »Wilajat Sinai«, die mit der Terrormiliz »Islamischer Staat« in Verbindung stehe.
24.11.2015	In Teheran finden russisch-iranische Regierungskonsultationen statt. Präsident Wladimir Putin und seine iranischen Gesprächspartner verständigen sich auf eine verstärkte Zusammenarbeit in der Syrien-Frage. Eine Reihe von bilateralen Abkommen werden unterzeichnet.
24.11.2015	Im syrisch-türkischen Grenzgebiet wird ein russisches Kampfflugzeug vom Typ Su-24 von einem türkischen F-16-Jäger abgeschossen. Die beiden Piloten können sich mit dem Schleudersitz retten. Einer von ihnen wird von Kämpfern einer Oppositionsmiliz getötet. Der Waffenoffizier wird von syrischen Streitkräften gerettet. Ungeklärt ist, ob das russische Flugzeug sich im syrischen oder im türkischen Luftraum befand. Die russische Regierung kündigt Konsequenzen an, schließt aber militärische Maßnahmen aus. Wenige Stunden nach Abschuss der Su-24, wird in Syrien ein russischer Mi-8-Helikopter, der sich auf der Suche nach dem abgestürzten Flugzeug befindet, durch eine Panzerabwehrrakete von Aufständischen getroffen. Dabei kommt ein russischer Marineinfanterist ums Leben. Der Helikopter führt eine Notlandung in Latakia durch.
24.11.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt den König von Jordanien, Abdullah II. bin al-Hussein, der sich zu einem Arbeitsbesuch in Russland aufhält.
25.11.2015	Die russische Regierung stellt die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei ein. Der Generalstab ergreift Maßnahmen zum Schutz der russischen Luftstützpunkte in Syrien. Von nun an sollen alle Bomber durch mindestens zwei Abfangjäger geschützt werden. Der strategische Kreuzer »Moskwa« bringt sein Raketenabwehrsystem »Fort« (Typ S-300) vor der Küste von Latakia in Stellung.

25.11.2015	Die ukrainische Regierung schließt ihren Luftraum für alle Flüge russischer Flugesellschaften. Die Maßnahme ist Teil des anti-russischen Sanktionspakets.
25.11.2015	Präsident Wladimir Putin leitet in der Ural-Stadt Nishnij Tagil eine Sitzung des Präsidiums des russischen Staatsrates. Es geht um die Politik der Importsubstituierung in den Föderationssubjekten.
25.11.2015	Das US-Finanzministerium setzt Kirsan Iljuschinow, den Präsidenten des Weltschachverbandes (FIDE) und Mit-eigentümer der russischen Bank »Russische Finanzallianz«, auf seine Sanktionsliste. Begründet wird dies mit der Unterstützung für das Assad-Regime durch die »Russische Finanzallianz«. Iljuschinow bestreitet jegliche Kontakte nach Syrien bzw. dem Iran. Auch eine Reihe weiterer Unternehmer und Firmen sind von den amerikanischen Maßnahmen betroffen.
25.– 26.11.2015	In Reaktion auf den Abschuss der russischen Su-24 stellt die russische staatliche Reiseagentur »Rosturism« ihre Zusammenarbeit mit der Türkei ein. Sämtliche russische Reiseunternehmen streichen ihr Türkeiprogramm.
26.– 27.11.2015	Nach Reuters-Angaben ist ein Angehöriger einer russischen Spezialeinheit bei Kämpfen in Syrien ums Leben gekommen. Der 27-jährige Berufssoldat Fjodor Shurawljow soll in seinem Heimatdorf im Gebiet Brjansk beerdigt worden sein. Der Spiegel meldet, dass Russland in Syrien auch Bodentruppen und Artillerie einsetzt. Danach sind seit November mindestens zwei russische Soldaten einer Speznas-Einheit des Militärsicherheitsdienstes GRU getötet worden. Die russische Regierung bestreitet dies. In russischen Medien wird über diese Vorfälle nicht berichtet.
26.11.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt den französischen Staatspräsidenten François Hollande in Moskau. Das zentrale Thema der Gespräche ist die Verbesserung der Zusammenarbeit im Kampf gegen die Terrormiliz »IS« in Syrien.
26.– 27.11.2015	Nachdem vonseiten der Türkei keine Entschuldigung für den Abschuss des Jagdflugzeugs vom Typ Su-24 erfolgt, beschließt das Ministerkabinett eine Reihe von Sanktionen. Unter anderem wird die Visapflicht für Türken zum 1. Januar 2016 wieder eingeführt. Außerdem werden 30 Investitionsprojekte eingestellt, an denen die Türkei beteiligt ist, darunter das Pipeline-Projekt »Turkish Stream«.
27.11.2015	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Themen sind die Spannungen im Zusammenhang mit dem Syrien-Konflikt sowie die Haltung der Türkei. Außerdem geht es um Änderungen der Arbeit der russischen Strafvollzugsbehörde (FSIN).
27.11.2015	Nach Angaben ukrainischer Grenztruppen werden im Gebiet Luhansk zwei russische Staatsbürger aufgegriffen, die Uniformen der Truppen des Innenministeriums der Russischen Föderation tragen. Diese geben an, sich versehentlich auf ukrainisches Territorium verirrt zu haben. Nach wenigen Stunden werden die beiden Soldaten an russische Grenztruppen überstellt.
28.11.2015	Der russische Physiker Walerij Seljanin wird wegen Staatsverrats zu 15 Jahren Haft unter Hochsicherheitsbedingungen verurteilt. Seljanin hatte Ausländern Konsultationen und Hilfe angeboten, die nach Auffassung der Behörden die Sicherheit Russlands gefährdeten.
29.11.2015	In Dagestan werden im Rahmen einer Spezialoperation zwei Anführer einer Gruppe von Syrien-Rückkehrern getötet. Die Gruppe wird der Terrormiliz »IS« zugerechnet. Zuvor soll sie dagestanische Zivilisten getötet und Geld erpresst haben.
29.11.2015	Das israelische Verteidigungsministerium teilt mit, dass ein russisches Militärflugzeug bei der Rückkehr von einem Einsatz in Syrien in der Gegend der Golan-Höhen kurzzeitig den israelischen Luftraum verletzt hat.
30.11.2015	Das ägyptische Ministerium für Industrie und Handel bietet Russland an, türkische Produkte (insbesondere Obst und Gemüse), gegen die künftig ein Einfuhrstopp verhängt wird, durch ägyptische Waren zu ersetzen. Gleichzeitig bietet das ukrainische Landwirtschaftsministerium der Türkei an, Produkte, die zuvor aus Russland an die Türkei geliefert wurden, durch ukrainische zu ersetzen.
30.11.2015	Der russische Kinoregisseur und Autor Eldar Rjasanow stirbt im Alter von 89 Jahren in Moskau. Er drehte über 30 populäre sowjetische Kinofilme, darunter die bekannte Komödie »Ironie des Schicksals« (1975).
30.11.2015	Der Menschenrechtsrat beim Präsidenten bietet an, im Konflikt zwischen den Fernfahrern und den Behörden zu vermitteln. Die Fernfahrer protestieren gegen das neue Mautsystem »Platon« und kündigen eine Blockade des Moskauer Autobahnringes an. Sie fordern die Regierung in einem Ultimatum auf, bis zum 3. Dezember 2015 ihre Forderungen zu erfüllen.
30.11.2015	Die russische Staatsanwaltschaft erklärt die Open Society Foundation des Amerikaners George Soros zur unerwünschten Organisation, da sie verfassungswidrig agiere. Die Soros-Stiftung befindet sich bereits auf der sogenannten »patriotischen Stop-Liste«.

30.11.2015	Präsident Wladimir Putin nimmt an der 21. UN-Rahmenkonferenz zum Klimawandel in Paris teil. Am Rande der Konferenz trifft er unter anderem mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama, mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, der Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker zusammen.
01.12.2015	Die russische Regierung veröffentlicht eine Liste mit den künftig unter Einfuhrverbot stehenden türkischen Produkten. Darunter fallen unter anderem Gemüse, Obst und Fleisch. Außerdem wird eine Liste von Tätigkeiten veröffentlicht, die türkischen Unternehmen künftig auf russischem Territorium verboten sind.
01.12.2015	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko begnadigt den in der Region Donbass festgehaltenen und zu 14 Jahren Haft verurteilten russischen Major Wladimir Starkow. Er wird eingetauscht gegen einen ukrainischen Militärangehörigen, der sich in der sogenannten Volksrepublik Donbass in Gefangenschaft befindet.
01.12.2015	Das russische Plagiatsnetzwerk »Dissernet« gibt bekannt, in der Dissertation des Dumasprechers Sergej Naryschkin Fragmente fremder wissenschaftlicher Aufsätze gefunden zu haben. Von 196 Seiten Originaltext sollen demnach nur 38 Seiten aus Naryschkins Feder stammen. Politische Konsequenzen werden nicht erwartet. Die höchste Evaluierungskommission kann ihm den Titel nicht entziehen, da sie nur Arbeiten, die nach 2011 geschrieben wurden, evaluieren darf.
01.12.2015	Das russische Verfassungsgericht erklärt die Abschaffung der Direktwahl von Bürgermeistern und Bezirksvorsitzenden für rechtmäßig. Einige Duma-Abgeordnete hatten im August eine Klage gegen die Reform der örtlichen Selbstverwaltung eingereicht.
01.12.2015	Nach Angaben der britischen Zeitung »Times« baut Russland in Syrien einen zweiten Luftstützpunkt auf. Er soll sich in der Nähe des Stützpunktes Schairat, nicht weit von der Stadt Homs entfernt, befinden.
02.12.2015	Der erste russische Bürger wird wegen Publikationen in sozialen Netzwerken zu einer einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Dem aus dem westsibirischen Surgut stammenden Oleg Nowoshenin wird das Verbreiten von extremistischen Postings und Videos vorgeworfen, in denen Propaganda für den ukrainischen »Rechten Sektor« und das Freiwilligenbataillon »Asow« betrieben worden sei.
02.12.2015	In der Moskauer Allrussischen Bibliothek für Ausländische Literatur wird das Russisch-Türkische Wissenschaftszentrum geschlossen. Die Schließung wird mit der derzeitigen »politischen Konjunktur« begründet.
02.12.2015	Die amerikanische Staatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit, Rose Gottemoeller, beschuldigt Russland erneut, den INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen zu verletzen und an neuen, vom Vertragssystem nicht gedeckten, Raketentypen, zu arbeiten. Sollte Russland in nächster Zukunft nicht einlenken, würden die USA neue Sanktionen zum Schutz der eigenen Interessen erwägen.
03.12.2015	Präsident Wladimir Putin hält seine jährliche Ansprache zur Lage der Nation an die Föderationsversammlung. Nach einer Schweigeminute für die Soldaten und russischen Bürger, die von Terroristen getötet wurden, plädiert der Präsident für ein gemeinsames internationales Vorgehen gegen den Terrorismus. Er kritisiert insbesondere die türkische Führung, der er eine Zusammenarbeit mit dem IS unterstellt, scharf. Der Hauptteil der Rede ist jedoch sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen gewidmet.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php